

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Anzeigensätze oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berührungskreisen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (auflösig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schließbriefe zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst. 1893.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Ergebnis der Abgeordnetenwahlen. 10 Sozialdemokraten gewählt.

Die Abgeordnetenwahlen zum Preussischen Abgeordnetenhause sind so ausgefallen, wie es das Ergebnis der Wahlmännerwahlen erwarten ließ. Die sozialdemokratische Partei hat nunmehr 10 Mandate erobert. Im 12. Berliner Landtagswahlkreis, in dem Genosse Eugen Ernst kandidiert, findet sich Wahl zwischen Ernst und dem bisherigen Vertreter des Wahlkreises, dem freisinnigen Pastor Runge, statt. Das bisherige Ergebnis läßt sich also dahin ausdrücken, daß die Sozialdemokratie mit schätzungsweise einer Million Urwählerstimmen noch nicht den 40. Teil aller zu wählenden Abgeordneten durchgebracht hat. Gewählt sind außer den bisherigen Abgeordneten Veinert, Liebknecht, Girsch, Hoffmann, Ströbel: an Stelle Borchardts Genosse Paul Hoffmann, und neu hinzugewählt: für Neukölln-Schöneberg Genosse Hue und für den Wahlkreis Nieder- und Oberbarnim die Genossen Braun, Haenisch und Hofer.

Um die Mandate für Nieder- und Oberbarnim hat ja bekanntlich in den letzten Tagen der wütendste Kampf in der Presse getobt. Die Konservativen haben alle Mittel aufgeboten, um einen sozialdemokratischen Wahlsieg zu verhindern. Ganz unerträglich erschien es ihnen, daß diesmal statt zweier Konservativen und eines freisinnigen Abgeordneten drei sozialdemokratische Abgeordnete in das Dreiklassenparlament einziehen sollen. Sobald die Nachricht durchgesickert war, daß ein Wahlabkommen zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie stattfinden werde, durch das der Sozialdemokratie die Eroberung der drei Barnimer Mandate gesichert werde, boten die Konservativen das Menschenmögliche an sittlicher Entrüstung, an Drohungen und Lockungen auf, um die Liberalen zum Umfall zu bewegen. Nachdem man dem Freisinn erst eins von den drei zu vergebenden Mandaten angeboten hatte, versiegte man sich zur Abtretung von zwei Mandaten; und wenn der Freisinn nicht auch dies Angebot mit anerkannter Energie abgelehnt hätte, würde man auf konservativer Seite womöglich auch vor dem letzten Schritt nicht zurückgeschreckt sein, den Liberalen drei Mandate zu offerieren, nur um der Sozialdemokratie die Eroberung dieser drei Sitze zu vereiteln!

Ta jedoch von der sozialdemokratischen Unterstützung für den Freisinn mehr als drei Mandate auf dem Spiel standen, wäre es ein politisch schlechtes Geschäft gewesen, auf die konservativen Angebote einzugehen. Deshalb war der Freisinn realpolitisch genug, den konservativen Lockungen zu widerstehen und bei dem Wahlabkommen zu verharren, das dem Freisinn für die ihm entgehenden zwei oder drei Barnimer Mandate mehr als die doppelte Zahl Mandate in Breslau, Teltow-Deesow und anderen Wahlkreisen zusicherte.

Durch diese wenigstens bei der Abgeordnetenwahl noch in letzter Stunde zustandegekommene Verständigung ist es ermöglicht worden, daß Freisinn und Sozialdemokratie der Rechte eine Anzahl von Mandaten abnehmen konnten. Wäre der Freisinn von vornherein auf das sozialdemokratische Stichwahlangebot eingegangen, so wäre die Schwächung der Rechte eine erheblich größere gewesen. Leider aber hat sich ja der Freisinn, statt nach links, nach der Seite der ehrlichen Freunde des gleichen Wahlrechts hin Anlauf zu suchen, auch diesmal mit den Nationalliberalen verbunden und die sozialdemokratischen Stichwahlforderungen abgelehnt, so daß die Verhältnisse zugunsten der Linken nur eine geringfügige gewesen ist.

Zimmerhin hätte noch mehr für die Linke herausgeholt werden können, wenn der Freisinn ernstlich bemüht gewesen wäre, nur solche Personen als Wahlmänner aufzustellen, die im gegebenen Augenblick auch Manns genug gewesen wären, für sozialdemokratische Abgeordnete einzutreten. So hätte beispielsweise das Binneberger Mandat, wo der freikonservative Abgeordnete Nolke gegen den Sozialdemokraten von Elm in Stichwahl stand, mit Hilfe der freisinnigen Wahlmänner geholt werden können, wenn die liberalen Wahlmänner fähig gewesen wären, einer liberalen Parole zu folgen. Bei der Stichwahl vermehren sich jedoch die Wahlmänner der Sozialdemokratie nur um 3, während Nolke aus den sogenannten „liberalen“ Wahlmännern 10 zu seiner Unterstützung heranzubolen vermochte und die übergroße Mehrheit der liberalen Wahlmänner sich einfach der Stimme enthielt!

Auch darf nicht überlesen werden, daß die freisinnige Wahlunterstützung in Nieder- und Oberbarnim fast ausschließlich in der Wahlenthaltung der freisinnigen Wahl-

männer bestand. Hätte es hier gegolten, durch aktives Eintreten der liberalen Wahlmänner für die sozialdemokratischen Kandidaten den 3 Sozialdemokraten das Mandat zu erobern, so wäre auch hier ein Wahlbündnis höchstwahrscheinlich abgeschlossen gewesen.

Wir betonen diese Tatsache, um von vornherein der Illusion zu begegnen, als ob in wirklich kritischen Fällen und bei öffentlicher Abstimmung auf breiterer Basis auf ein Zusammengehen von Freisinn und Sozialdemokratie zu rechnen wäre. Der Freisinn ist durchaus der alte geblieben. Lediglich die nüchterne Berechnung hat ihn veranlaßt, diesmal mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Wäre das Geschäft für ihn kein so günstiges gewesen, so würde er sich auch diesmal den Teufel um die Wahlrechtsfeindschaft der Konservativen gekümmert und den Wahlschacher mit den Blauen abgeschlossen haben.

Wir konstatieren das, um es noch einmal zu sagen, nicht um dem Freisinn hinterdrein kleinlich etwas am Zeuge zu stören, sondern nur, um allen künftigen politischen Täuschungen von vornherein vorzubeugen. Denn nichts wäre verhängnisvoller als die optimistische Annahme, daß es der Sozialdemokratie schließlich doch durch ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken gelingen werde, das schwachvolle Dreiklassenwahlrecht zu stürzen.

Nein: alles das, was wir während der Wahlkampagne gegen den Freisinn gesagt haben, bleibt vollauf bestehen. Der Freisinn ist der zweifelhafteste und schwächliche Freund und Verfechter des gleichen Wahlrechts, der sich denken läßt! Er ist wohl einmal in stande, unter ganz besonders leichten Bedingungen in ein Wahlabkommen der Sozialdemokratie zu willigen, aber darum noch lange nicht entschlossen, für die Eroberung des Reichstagswahlrechts sich auch nur einmal einigermaßen energisch zu rühren! Denn bei dem gegenwärtigen Stichwahlabkommen handelte es sich letzten Endes ja nur um sein eigenstes Fraktionsinteresse, während die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen vom Freisinn nur als ein recht zweifelhafter Gewinn betrachtet werden würde!

Damit kommen wir auf das alte und ewig neue Thema zurück: wenn das Proletariat nicht nur kleinlichen Mandatschacher und sekundäre Fraktionspolitik treiben, sondern der Vertretung der arbeitenden Klassen wirklich die ausschlaggebende Rolle sichern will, die dem preussischen Proletariat seiner Kopfzahl und seiner ökonomischen und kulturellen Bedeutung gemäß zukommt, so darf sich die preussische und die deutsche Arbeiterklasse nicht mit den geringfügigen Wahlerfolgen begnügen. Sie muß vielmehr alle ihre organisatorische und propagandistische Kraft zusammenraffen, um es endlich den bestehenden Klassen, den Liberalen nicht minder wie den wachsenden Reaktionen, eindringlichst zu Gemüte zu führen, daß das preussische Proletariat sich nicht eher als gleichberechtigter Faktor der Nation betrachten wird, bis ihm endlich auch restlos seine vollwertigen preussischen Bürgerrechte eingeräumt sein werden.

Erst wenn das preussische Volk vermöge seines Einflusses auf die preussische Gesetzgebung und auf den Bundesrat seine Interessen und Ideale ebenso wirksam zum Ausdruck bringen vermag, wie das heute kraft des skandalösen Dreiklassenwahlrechts der Minderheit der Junker, Pfaffen und Schlotbarone möglich ist, erst dann wird sich die preussische Arbeiterklasse wirklich als Bürger des Staates fühlen!

Eine Verblendung, ein Wahnsinn sondergleichen nur, daß unsere Bourgeoisie sich einbildet, das „Volk in Waffen“ für weltpolitische Sündel aufzieten zu können, während doch die breite Masse dieses Volkes in brutalster Rechtslosigkeit erhalten wird. Es mag ja sein, daß unsere Rüstungskapitalisten sich sagen, daß ein Volk freier und gleichberechtigter Bürger erst recht nicht für die Panzerplattenpatrioten die Kastanien aus dem Feuer holen würde. Aber ein Aberwies und eine Frivolität ohne jeden Vergleich wäre es doch, wenn unsere Herrschenden ihre konfliktswangere Politik im ausgesprochenen Gegensatz zur Arbeiterklasse durchzuführen versuchten!

Zimmerhin: es wäre total verkehrt, von der Einsicht unserer Privilegierten eine wirkliche Wahlreform zu erwarten. Einzig die Kampfesenergie der Arbeiterklasse vermag das gleiche Wahlrecht für Preußen zu erobern!

Die Bilanz der Parteien.

Bis 10 Uhr abends lagen die Ergebnisse aus 271 Wahlkreisen vor. Es wurden bis dahin gezählt 433 Abgeordnete, und zwar 146 Konservative, 53 Freikonservative, 70 Nationalliberale, 36 Volkspartei, 102 Zentrum, 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten, 1 Deutschsozialer und 1 Christlich-sozialer. Gewinn und Verluste der Parteien: Konservativ plus 10, minus 15; Freikonservative plus 2, minus 9; Nationalliberale plus 12, minus 5; Volkspartei plus 6, minus 5; Zentrum plus 5, minus 4; Polen minus 2; Sozialdemokraten plus 4; Fraktionslose plus 2, minus 1. Es fehlen noch die Ergebnisse aus den fünf minus 1. Es fehlen noch die Ergebnisse aus den vier Wahlkreisen Tiedenburg (1 Abgeordneter), Bochum (1 Abgeordneter), Hünfeld-Gersfeld (1 Abgeordneter), Lennep-Remscheid (3 Abgeordnete). Stichwahl hat stattzufinden in Berlin 12 (Runge, Volkspartei — Ernst, Soz.).

Die einzelnen Resultate.

Berlin 1.
 Wierbergewählt Dr. Rugdan (Sp.) mit 347 Stimmen, eine Stimme war gesplittet. Unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung.

Berlin 2.
 Wierbergewählt Bankdirektor W o m m e n (Sp.) mit 279 Stimmen. Es erhielt Kluge (L.) 15 Stimmen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.

Berlin 3.
 Wierbergewählt Rektor K o p s c h (Sp.) mit 234 Stimmen. Es erhielt Glöde (Soz.) 178 Stimmen.

Berlin 4.
 Gewählt: Stadtrat Dr. Wiemer (Sp.) mit 249 Stimmen. Es erhielt Dr. Bernstein (Soz.) 185 Stimmen.

Berlin 5.
 Gewählt: Paul Hoffmann (Soz.). Hoffmann 316 Stimmen, Goldschmidt (Sp.) 154 Stimmen.

Berlin 6.
 Gewählt: Ad. Hoffmann (Soz.). Hoffmann (Soz.) 412, Prof. Cauer (Sp.) 258 Stimmen. Kassiert wurden 43 Wahlmänner.

Berlin 7.
 Gewählt: Girsch (Soz.). Girsch (Soz.) 507, Lotos (Sp.) 269 Stimmen. Ungültig: 20 Wahlmänner, 27 Wahlmänner sind nicht erschienen.

Berlin 8.
 Gewählt: Cassel (Sp.). Cassel (Sp.) 405 Stimmen, Düttel (Soz.) 354, Schwarz (L.) 8. Es wurden 17 freisinnige und 14 sozialdemokratische Wahlmännerwahlen für ungültig erklärt.

Berlin 9.
 Gewählt: Ströbel (Soz.). Ströbel 578 St., Kähler (Sp.) 142, Schmidt (L.) 15 Nicht gewählt haben 46 Wahlmänner.

Berlin 10.
 Gewählt: Rosenow (Sp.). Rosenow (Sp.) 439, Dr. Weyl (Soz.) 427, Gabow (L.) 3 Stimmen.

Berlin 11.
 Gewählt: Liebknecht (Soz.). Von 593 Wahlmännern entfielen auf Liebknecht (Soz.) 586 Stimmen. Neubaum (Sp.) erhielt 6, Dammann (L.) 1 Stimme.

Berlin 12.
 Stichwahl zwischen Sozialdemokrat und Volkspartei. Abgegebene Stimmen im ganzen 711, davon haben erhalten: Ernst 331, Runge 343, Ulrich 37 Stimmen. Es findet also Stichwahl statt. Dieselbe ist am Montag, den 9. Juli.

Niederbarnim-Oberbarnim.
 Gewählt: die drei Sozialdemokraten Genossen Braun, Hofer und Haenisch.

Bei der ersten Wahl beteiligten sich von 2373 Wahlmännern 2267. Von diesen wählten sozialdemokratisch 1097, konservativ 718, freisinnig 443. Bei der Stichwahl entfielen auf die sozialdemokratischen Kandidaten 1119, auf die konservativen 765.

Uebersicht über die Wahl in den neuen Wahlorten:

Ort	Sozialdemokr.		Konservativ		Liberal		Demokraten
	Hauptwahl	Stichwahl	Hauptwahl	Stichwahl	Hauptwahl	Stichwahl	
Friedrichsfelde	72	80	114	118	40	—	2
Lichtenberg I	192	192	34	36	35	—	—
II	189	192	18	38	40	—	2
Friedrichshagen	134	132	63	71	49	—	5
Reinickendorf	162	164	100	108	70	—	—
Panlow	196	204	117	132	71	—	—
Eberswalde	11	11	12	37	61	—	—
Rosenthal	83	88	104	112	29	—	2
Wriezen	58	58	156	117	48	—	—
	1097	1119	718	765	443	—	11

Endresultat: Sozialdemokraten 1119, Konservativ 765. Wir misßen 354 Wahlmännerstimmen mehr.

Schöneberg-Neutölln.

Gewählt: **Hue** (Sozialdemokrat).

Hue (Soz.) 857, Graf Matuschka (Rp.) 484, Lange (L.) 34, Mir, Stadtrat (Wismajoch) 159 Stimmen.

Teltow, Berlin-Wilmersdorf, Besskow-Storkow.

Bisher: Hafeloff (L.), Hammer (L.)

Gewählt: Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Liepmann (nat.) mit 1062, Rentier Pfarrer a. D. Traub (Rp.) mit 1063 Stimmen. Die konservativen Landespräsidenten Dr. Gerhardt und Eisenbahn-Direktor Hafeloff erhielten je 589 Stimmen. Unsere Genossen übten Stimmhaltung.

Charlottenburg.

Gewählt: **Ditto** (Frei.). Von 1116 abgegebenen Stimmen erhielt **Ditto** (Frei.) 709, **Fisch** (Soz.) 326 und **Philipp** (Konf.) 21 Stimmen.

Linden (St. u. L.).

Wiedergewählt Parteisekretär **Leinert** (Soz.) mit 24 St. Der nationalliberale Einigungskandidat **Jabridirektor Dr. Freihler** erhielt 190 Stimmen.

In bemerkenswerten Resultaten sind noch die folgenden anzuführen:

Beeckow. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Mit sozialdemokratischer Hilfe siegten in der Stichwahl die Fortschrittler **Ghler** und **Konieczny** mit über 90 Stimmen Mehrheit; außerdem gewählt **Wagner** (L.) gegen **Poensgen** (natl.), **Majors** herausgewählt. In **Leignitz** wurde ein Fortschrittler mit unserer Hilfe gewählt.

Westhavelland. **Bredow** und **Ernst** (L.) je 359, **Brandenburg** (L.) 335, **Wendebach** und **Buch** (Rp.) je 204, **Grane** (Rp.) 208, die drei Sozialdemokraten **Sidow**, **Baron**, **Kraah** je 179, **Goerde** (natl.) 25, **Windner** (natl.) 15, **Fischer** (natl.) 14 Stimmen. Stichwahl erforderlich zwischen konservativer und Volkspartei.

Binnberg. Bisher: **Graf Rolke** (L.). Im ersten Wahlgang stimmten 484 Wahlmänner. **Wiel**, **Geb. Rat Graf Rolke** (L.) erhielt 204, **Geschäftsführer v. Elm** (Soz.) 117 und **Landmann Fegter** (Rp.) 113 Stimmen. Im engeren Wahlgang wurde **Graf Rolke** (L.) mit 214 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Gegenkandidat erhielt in diesem Wahlgang 120 Stimmen.

Ostpreußen, Stummenhal, Wilm. Bisher: **Martens** (natl.). In der Hauptwahl stimmten 858 Wahlmänner. **Amtsgerichtsrat Dr. Martens** (natl.) erhielt 148, **Stadtvorordneter Reiche** (Soz.) 111, **Pastor Pfamische** (Rp.) 23 und **Hofbesitzer Weidenhofer** (L.) 71 Stimmen. In der engeren Wahl, bei der 837 Wahlmänner stimmten, entfielen auf **Martens** (natl.) 225, auf den sozialdemokratischen Kandidaten **Reiche** 112 Stimmen.

Guben (Stadt und Land), **Sorau, Forst** (Stadt). Bisher: **Schmidt** (natl.), **Thum** (Rp.). Wiedergewählt **Schmidt-Forst** (natl.) mit 629 Stimmen, während der Gegenkandidat **Koske** (Soz.) 148 erhielt. Wegen des zweiten Wahlmandates kam es zu einer engeren Wahl, in der **Thum** (Rp.) mit 432 Stimmen wiedergewählt wurde. Auf **Schon** (L.) fielen dabei 340 Stimmen.

Sannau, Goldberg, Liegnitz (Stadt und Land). Bisher: **Fischel** (Rp.), **Wilmann** (natl.). Im ersten Wahlgang stimmten 545 Wahlmänner. Gewählt **Schaefer** (L.) mit 277 Stimmen. Der nationalliberale Gegenkandidat **Wilmann** erhielt 268 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurden 688 Stimmen abgegeben. Gewählt **Wohl** (Rp.) mit 310 Stimmen. Der konservative Gegenkandidat **Frhr. v. Forstner** erhielt 278 Stimmen.

Niel (Stadt), **Nordesholm, Neumünster** (Stadt). Bisher: **Hoff** (Rp.). Wiedergewählt **Hoff** (Rp.) mit 581 Stimmen. Der sozialdemokratische Gegenkandidat **Brecker** erhielt 463 Stimmen.

Starmen, Wandebel (Stadt). Bisher: **v. Bonin** (L.). Wiedergewählt **v. Bonin** (L.) mit 231 Stimmen. Die Gegenkandidaten erhielten: **Damke** (natl.) 46, **Sirch** (Rp.) 26, **Partels** (Soz.) 117 Stimmen.

Danzig (Stadt), **Danziger Höhe, Danziger Niederung**. Bisher: **Kleber** (L.), **Wolkowski** (L.), **Karow** (L.). Gewählt **Kleber** (L.) mit 529, **Weinhausen** (Rp.) und **Schmiljan**, jeder mit 528 Stimmen. Von den Gegenkandidaten erhielten **Dr. Behrend** (konservativ) 344, **Knoph** (L.) 341 und **Karow** (L.) 344 Stimmen.

Der Mechanismus der Korruption.

Aus Budapest wird und in Ergänzung unserer Berichte über den Prozeß gegen **Lufacz** geschrieben: Der ungarische Panamaprozeß enthüllte nicht nur die moralische Fäulnis der leitenden Politiker, der hohen Bürokratie und der Vertreter des Finanzkapitals, sondern gewährte auch einen Einblick in den Aufbau und Mechanismus der Korruption, wie man ihn so klar und offen vielleicht noch nirgends hatte.

Die ungarische Regierungspartei (genannt Arbeiterpartei) ist eine starke politische Macht, sie hat ein Wehrgesetz durchgesetzt, an welchem seit zehn Jahren Regierungen und Parteien sich verbluteten, sie hat wider den Willen des ganzen Landes eine reaktionäre Wahlreform geschaffen, sie hat die Obstruktion mit gewaltigen Mitteln ausgetrotet und hat die Grundlagen zu ihrer absoluten Alleinherrschaft gelegt.

Die ungarische Bank war vor einem Jahrzehnt ein ganz unbedeutendes Institut, heute gehört sie mit ihrem Aktienkapital von 45 Millionen Kronen zu den wichtigsten Beherrschern des ungarischen Marktes und ist der typische Vertreter des Bankkapitals in Ungarn. Wie entsteht eine politische Macht vom Schlage der ungarischen Regierungspartei und eine wirtschaftliche Organisation von der Art der ungarischen Bank? Dies sind Fragen, die nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wissenschaft und die sich darauf stützende Kritik der kapitalistischen Gesellschaft ein großes Interesse haben. Der Prozeß und die in seinem Verlaufe bekannt gewordenen Tatsachen wirkten wie ein Scheinwerfer: man konnte nicht nur die wirtschaftlichen Grundlagen der politischen Macht erblicken, sondern es fielen so manche grelle Streiflichter auf den politischen Unterbau des Finanzkapitals.

Im Jahre 1910 wurde eine Regierung eingesetzt, die keinen einzigen Anhänger im Abgeordnetenhaus und sehr wenige im Lande hatte. In demselben Jahre liefen die Verträge ab, die der ungarischen Bank das staatliche Salzmonopol, die staatlich subventionierte Organisation des Exporthandels und noch andere lukrative Geschäfte zuschanden. Die Regierung ohne Partei und Anhänger und die Bank ohne Geschäfte fanden sich leicht. Der Finanzminister **Lufacz** und der Direktor der Bank **Etel** traten in Verhandlungen und wurden bald einig. Der Salzvertrag wurde auf weitere 10 Jahre verlängert. Der Ministerrat beschloß dies am 18. Mai 1910. Die Wahlen fanden am 31. Mai statt und die ungarische Bank erhöhte in ihrer Sitzung vom 8. Juni 1910 ihr Aktienkapital von 25 auf 45 Millionen Kronen. Der neue Vertrag verpflichtete nämlich den ungarischen Staat der ungarischen Bank ein zinsloses Darlehen von 25 Millionen zu gewähren. Die Bank verkaufte das Salz gegen Verzinsung, bekommt aber vom Staate zur Abwidmung des Salzgeschäfts ein zinsloses Darlehen von 25 Millionen! Und dies auf zehn Jahre. Der Steuerzahler muß dem Steuerfiskus im Falle einer ganz kurzen Säumnis die Verzugszinsen zahlen und aus diesem Gelde werden nur einer Bank 25 Millionen zur Verfügung gestellt.

In diesem wunderschönen Notat Mai — und zwar am 16. — schloß die Bank noch einen anderen Vertrag, diesen mit den ungarischen Staatsbahnen. Zwischen der Bank und den Staatsbahnen schwelte seit Jahren ein Prozeß. Die Staatsbahnen gewährten der Bank eine jährliche Subvention zur Förderung des ungarischen Exportes; die Bank beschwindelte aber die Bahn, sie schloß heimliche Geschäfte, denn die Größe der Subvention schwankte nach dem Quantum der beförderten Waren. Als die Bank des Betruges überführt wurde, stellte die Eisenbahndirektion die Zahlung der Subvention ein. Die Bank klagte und forderte die Zahlung von 900 000 Kronen. Die Eisenbahn bot ihr aber nur 600 000 Kronen. Da trat Herr **Lufacz** in Aktion und zwar mit dem verblüffenden Erfolge, daß der Bank, die 900 000 Kronen forderte, 1825 000 Kronen gezahlt wurden. Die Staatsbahnen zahlten also der Bank mehr, als diese selbst gefordert hatte! Als diese für die Bank glänzenden Geschäfte abgeschlossen wurden, erhielt der Direktor **Etel** vom Direktionsrat — in welchem, nachdem der Staat der größte Aktionär der ungarischen Bank ist, drei aktive Staatssekretäre als Direktions- und Aufsichtsräte sitzen — die Vollmacht, diskrete und Emissionsausgaben von unbegrenzter Höhe machen zu dürfen. Auf Grund dieser Vollmacht zahlte **Etel** zu den Händen des Hilfsamtdirektors des königlichen ungarischen Ministerpräsidentiums, **Adolf Szasz**, 2825 000 Kronen, zu den Händen des Hilfsamtdirektors **Budach** im Finanzministerium 500 000 Kronen und für andere Posten im ganzen 4,8 Millionen Kronen. Diese Summe war ein Fünftel des Aktienkapitals der Bank und war das Doppelte der Summe, die in diesem Jahre an die Aktionäre als Dividende verteilt wurde. Und angesichts dieser Sachlage entblödeten sich die Regierungsblätter nicht, zu behaupten, daß die Bank diese Summe aus politischer Sympathie der Regierung zur Verfügung gestellt hatte.

Vor einem Jahre verfeindete sich nun **Etel** mit einem anderen Direktor der Bank und der erhob gegen **Etel** die Anklage, daß er die 4,8 Millionen oder einen großen Teil derselben gestohlen hatte. **Etel** mußte daraufhin seine Direktorstelle niederlegen. Aber er ruhte nicht und erstrebte seine „Rehabilitierung“. Es wurde eine Jury eingesetzt, vor dieser wies **Etel** die Duitungen vor und betrieb sich auf den früheren Finanzminister und jetzigen Ministerpräsidenten **Lufacz**, mit dem er die Geschäfte abgeschlossen und auf dessen Weisung er die Gelder an die staatlichen Organe ausbezahlt habe. **Lufacz** bestätigte in allem die Darstellung des **Etel**, worauf er von den „Ehrenrichtern“ rehabilitiert wurde. Er hatte ja nicht gestohlen, „nur“ bestochen und die Steuerzahler geplündert und den Staat geschädigt! Die Mitglieder der Jury mußten nun vor dem Gericht erscheinen und sie sagten unter ihrem Eide aus, daß der **Lufacz** ihnen gegenüber alle Behauptungen des **Etel** bekräftigte. Es erschien der mit **Etel** später verfeindete Direktor **Bajda** und sagte unter seinem Eide aus, daß **Etel** ihm sagte, daß er für den Salzvertrag 3 Millionen Kronen, für den Exporthandelsvertrag 500 000 Kronen und für andere Geschäfte 1 Million Kronen zahlen mußte. Es wurde weiter festgestellt, daß diese Gelder, die von staatlichen Organen übernommen, im Ministerpräsidentium, im Handels- und Finanzministerium verwaltet und verausgabt wurden, den Wahlfonds der Regierungspartei bildeten. Die Parteikasse befand sich im Amtskolossal des Ministerpräsidentiums und ihr Referent war der Staatssekretär des Ministerpräsidentiums, **Alexander Jeszensky**. Das Zerwürfnis zwischen den zwei Bankdirektoren diente auf diese Art den Ursprung eines Teiles der Wahlgelder der nationalen Arbeiterpartei auf. Aber die Wahlen von 1910 kosteten sehr bedächtig 40 Millionen Kronen, die Wahl allein des Grafen **Liska** in Arab mehr als 400 000 Kronen. Es ist gar nicht auszubedenken, was an Schmutz, Diebstahl und Schwindel da durch die Eintracht der übrigen großen Finanzleute verdeckt wird. Aber dieser Fall zeigt auch ganz klar, mit welchen Methoden das Finanzkapital und eine Regierung, die keine demokratische Kontrolle zu fürchten hat, arbeiten. Das Kapital sucht eine Anlagensphäre. Die günstigste bietet ihr wohl ein Monopol, dessen Verwalter die Regierung ist. Die Bank laßt sich im strengsten Sinne des Wortes eine Regierung. Mit dem erhandelten Gelde laßt sich dann die Regierung abgeben. Die Abgeordneten laufen sich die Wähler. Dies ist alles in dieser primitiven und ganz sicheren Form nur bei einem Wahlsystem, wie es in Ungarn herrscht, möglich. Wenig Wähler und offene Abstimmung, das sind die Stützpunkte des Hebels, welche die ganze Maschinerie der Korruption halten. Bei einer demokratischen Verfassung gerät der Abgeordnete in eine Abhängigkeit von dem Wähler, die Regierung in eine Abhängigkeit von den Abgeordneten. Dergleichen ist das alles auf den Kopf gestellt: ein Abgeordneter, der seine Wähler mit klingender Münze bezahlt, ist ganz unabhängig ihnen gegenüber, gerade so, wie die Regierung den Abgeordneten gegenüber unabhängig ist, die ihre Wahl Regierungsgeldern zu bedanken haben. Hinter und über der politischen Maschine erscheint aber als der eigentliche Herrscher, der wie ein anderes Geschäft, auch die Wahlen finanziert: das Kapital.

Dieser Einblick in die Konstruktion der politischen Gewalt und der Korruption ist wohl das wichtigste Ergebnis dieses Skandalprozesses, der aber auch den blühenden Beweis dazu lieferte, daß das Massenparlament und die Verfassung des Privilegs nur mit den verwerflichsten Mitteln, mit Betrug, Diebstahl, Fälschung aufrecht zu erhalten ist. Was man im Laufe des Prozesses an Niedertracht, schmutziger Geizsucht, Käuflichkeit bei Politikern, was man an Gewissenlosigkeit und Charakterlosigkeit bei hohen Staatsbeamten und Richtern zu sehen bekam — das sind die Zeichen einer Fäulnis und eines moralischen und politischen Auflösungsprozesses, von welchem nur dem Untergang geweiht und ihm sehr nahestehende Gesellschaften heimgesucht zu werden pflegen. Und so ist es auch kein Zufall, daß die schmutzigen Salzgelde zur Wahl eines Parlamentes verwendet wurden, dessen eigentliche Aufgabe in dem Kampfe gegen die Demokratie und in der Vereitelung des allgemeinen Wahlrechtes bestand und auch heute noch besteht.

Desh freigesprochen.

Budapest, 3. Juni. Privattelegramm des „Vorwärts“. Die Budapest Richter haben den Korruptionsminister **Lufacz** verurteilt. Sie sprachen den früheren Staatssekretär **Dösy** von der Anklage der Verleumdung **Lufacz** frei und legten die Kosten des Prozesses in Höhe von 2500 Kronen der Staatskasse auf. Das Urteil hat begreiflicherweise ungeheures Aufsehen erregt. Wenn auch alle Welt von der Schuld **Lufacz** überzeugt war, so glaubte doch niemand, daß ein Gerichtshof so klipp und klar die Verurteilung der Vorwürfe gegen **Lufacz** anerkennen würde.

Infolge des Urteils hat die sozialdemokratische Parteileitung für heute Dienstagabend zwanzig Volksversammlungen einberufen zur Besprechung des Urteils.

Das Urteil.

Budapest, 3. Juni. Aus der Begründung des Urteils ist folgendes hervorzuhoben: Da der Angeklagte **Dösy** nachgewiesen hat, daß der Ministerpräsident bei dem Abschlusse von Verträgen mit der ungarischen Bank von dieser einen Betrag von über drei Millionen Kronen angenommen hat, da es ferner vom Gesichtspunkte der Moral nicht zulässig ist, daß ein Minister von einem mit dem Staate in einem Vertragsverhältnis stehenden Unternehmen irgendwelchen Geldbetrag annimmt; wenngleich der Minister, wie im vorliegenden Falle, sich nicht den geringsten Vermögensvorteil verschafft, sondern nur parteipolitische Zwecke gefördert hat, mußte der Gerichtshof den vom Angeklagten **Dösy** gegen den Ministerpräsidenten **Lufacz** gebrauchten beleidigenden Ausdruck kraftlos erklären.

Demission des Ministeriums Lufacz.

Budapest, 3. Juni. Um 6 Uhr abends fand ein Ministerrat statt. Nach einstündiger Beratung wurde der Rücktritt des Kabinetts beschlossen.

Die Wahlen in Australien.

London, 3. Juni 1913. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am 31. Mai haben in Australien die Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden. Die bisherige Mehrheit der Arbeiterpartei wird jedenfalls verschwinden. Die ersten Resultate liegen darauf schließen, daß sich die Arbeiter-Regierung, wenn auch mit geringer Mehrheit, halten würde, doch hat sich das Bild nach Bekanntwerden der Resultate aus den ländlichen Wahlkreisen vollständig verändert. Von den 75 Sitzen hat die Arbeiterpartei bis jetzt 35, die Liberalen dagegen 37 inne, drei Resultate sind noch ungewiß. Im allgemeinen rechnet man mit einer liberalen Mehrheit von 3 Sitzen und dem Sturz des Ministeriums **Fisher**. Bei den Senatswahlen, bei denen in den viel größeren Wahlkreisen die städtischen Wähler den Ausschlag geben, hat die Arbeiterpartei jedoch einen großen Vorsprung. Sie rechnet darauf, daß im neuen Senat von den 36 Mitgliedern 20 der Arbeiterpartei und nur 6 der liberalen Partei angehören werden.

Mit winziger Mehrheit im Abgeordnetenhaus und einer feindlichen Mehrheit im Senat dürfte ein neues Ministerium **Cook** kein langes Leben haben. Das gleichzeitig vorgenommene Referendum, das die Regierung zur Beherrschung der Trusts und Kartelle und Verstaatlichung monopolistischer Industrien ermächtigen sollte, scheint wohl eine Stimmenmehrheit, doch nicht die nötige Staatenmehrheit gefunden zu haben. Der Wahlkampf wurde überall mit großer Erbitterung geführt. Die Arbeiterregierung hat durch ihre kollektivistische und gewerkschaftsfreundliche Politik viele Stimmen bürgerlicher und bäuerlicher Elemente verloren. Auf dem Lande hat sie fast die Hälfte der bisherigen Sitze eingebüßt; in den Städten ist jedoch das organisierte Proletariat geschlossen zur Wahlurne marschiert.

Politische Uebersicht.

Steuerefreiheit der Fürsten.

In Nr. 11 der „Deutschen Juristenzeitung“ wendet sich Professor **Dr. Gerhard Anschütz** mit Entschiedenheit gegen die staatsrechtlich und verfassungsrechtlich unsinnige Ansicht, die Fürsten unterlägen der direkten Besteuerung durch das Reich nicht. Diese Auffassung beruht, wie **Anschütz** darlegt, auf zwei lapidarirretimenten, die **Graf v. Westarp** im Reichstag aufstellte und die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihm in ihrer von jeglicher Kenntnis des Staatsrechts denaturierten Hilflosigkeit nachbetete. Sie geben dahin: 1. die Landesfürsten unterliegen in den einzelnen Staaten nicht der direkten Besteuerung, 2. das Reich leitet seine Befugnisse von den Einzelstaaten ab. Beide Sätze sind haltlose Phantasien. Der erste Satz gilt z. B. weder für Württemberg noch für Baden, noch für Preußen, vielmehr unterliegen z. B. in Preußen die Fürsten der Gewerbesteuer, der Gebäude- und Grundsteuer und sind nur durch a u s d r a u s s e h e Vorchrift in gewissem Umfange von der Einkommen- und Gemeindesteuer frei. Der Schluß, daß die Reichsteuerefreiheit eine Folge einzelstaatlicher Steuerefreiheit sei, ist also schon wegen der Irrigkeit des Vorderatzes verfehlt. Er beruht aber auch auf völliger Verleumdung der Souveränität des Reichs. **Anschütz** geht der Quelle nach, auf der die unsinnige Auffassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beruht, die Besteuerung der Fürsten sei „begrifflich ausgeschlossen“. Denn es sei begrifflich unmöglich, daß dem Fürsten für seine Person die Entrichtung einer Steuer an die von ihm selbst verkörperte Staatsgewalt obliegt. — **Anschütz** führt aus:

Das Ursprungsland dieser seltsamen Begriffe ist dem Sachkenner nicht fremd; es ist die Gedankenwelt des Absolutismus. Und zwar nicht die aufklärten, in der Schule des Naturrechts verfeinerten Absolutismus Friedrich des Großen, für den — wiederum sei an jenes Wort mit seinem Ungeheuerwert erinnert — der König nur der erste Diener des Staates war, sondern des ganz massiven Despotismus im Stile **Louis XIV.**, mit dem Kernwort „l'Etat c'est moi“. Staat und Fürst sind eines und dasselbe, also kann, da niemand sich selbst etwas zunehmen vermag, der Staat den Fürsten nicht besteuern! Hat der Herr **Offiziosus** seine Ängstung von der Primitivität der Staatsauffassung, die aus solchen Argumentationen spricht?

Der Verfasser legt dann noch dar: wer so die Steuerefreiheit der Fürsten behauptet, für den besteht auch keine gesetzliche Bindung des Monarchen überhaupt. Nach ihm wäre der Monarch auch nicht an die Verfassung gebunden. **Anschütz** schließt seinen Aufsatz:

Die hier besprochene Frage ist alles andere als eine sogenannte Doktorfrage. Sie ist von größter politischer Tragweite. Man will der Reichsgewalt das Recht abstreiten, Gesetze zu erlassen, die verbindlich sind für jeden im Reich; man will das Reich seiner Souveränität berauben. Da heißt es: caveat consules. Möge der Reichstag ein besserer Anwalt des Reichsgedankens und des modernen Staatsgedankens sein als die Reichsregierung; möge er wie schon bei der ersten Beratung so auch bei der endgültigen Beschlußfassung über die „Redaktionsregeln“ mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, daß die Landesfürsten der Besteuerung des Reichs nicht unterliegen.

In der Tat handelt es sich bei dem Vorstoß für eine Steuerefreiheit der Fürsten um einen Umsturz der Reichsverfassung. Es ist interessant, bei diesem Versuch die Konservativen Arm in Arm mit dem Reichstanzler zu sehen.

Die konservative ausgleichende Gerechtigkeit.

In Eibersfeld-Warmen haben sich die Konservativen im Verein mit dem Zentrum alle erdenkliche Mühe gegeben, die Liberalen aus der Stichwahl mit der Sozialdemokratie hinaus zu drängen. Deswegen forderten sie vor den Urwahlen neunmal zum Kampfe gegen die Liberalen und nur einmal gegen die Sozialdemokraten auf. Nach den konservativen Blättern zu

urteilen, waren die Liberalen aller Schattierungen das bevorzugte Gefinde auf Gottes Erdboden. Nachdem aber die Konserwativen jetzt das erstehende Ziel nicht erreicht haben, sondern an dritter Stelle bleiben, spielen sie sich jetzt als die ausgleichende Gerechtigkeit auf, die Guten zu belohnen und die Bösen zu strafen. Obgleich die Konserwativen nichts zu melden haben, da die Liberalen mit ihren 483 Wahlmännern ganz allein mit den 417 der Sozialdemokratie fertig werden, tun sie so, als ob sie jetzt das Vaterland retten müßten. Großspurig verhalten sie, daß kein konserwativer Wahlmann in der Stichwahl einen Sozialdemokraten wählen würde. Das sei schon Ehrensache. Aber was die Liberalen anbetrifft, so könnten sie diesen auch nicht gleichmäßig ihre Gunst erweisen. Deshalb sind die konserwativen Wahlmänner angewiesen, zum Zeichen der Sympathie für die Nationalliberalen in der Stichwahl dem Kandidaten des Liberalen Dr. Hinzmann die Konserwativen Stimmen zu schenken, damit er nicht nur gewählt werde, sondern mit Glanz über die rote Klotze siege. Aber anders verhalte es sich mit dem zweiten Liberalen, dem freisinnigen Gantert. „Aus nationalen und aus Gründen der Selbstachtung“ könne man dessen Wahl nicht empfehlen, denn die verrückte Fortschrittspartei hätte eine Parole gegen die schwarz-blauen Kandidaten herausgegeben und „danach für die Sozialdemokraten zu stimmen gehabt.“ Diese Schmach muß geküßt werden, deshalb „keine Stimme dem Freisinnigen!“

Dieses konserwative Getöse hat etwas sehr Komisches an sich. Die beiden Liberalen werden mit oder ohne die konserwativen Stimmen gewählt, nur daß der nationalliberale Bruder noch die konserwativen Stimmen als Belohnung für Wohlverhalten bekommt und der Freisinnige eben diese für einen Liberalen sehr problematischen Stimmen entbehren muß. Uebrigens beteiligt sich unsere Partei in Eibersfeld-Warmen nur an der Abgeordnetenwahl, um den Beschlüssen des preußischen Parteitages und der Landeskommission nachzukommen. Um so grotesker wirkt also dieser politische Ill der Konserwativen.

Ein Opfer der fortschrittlichen Landtagswahlakt.

Der bisherige fortschrittliche Landtagsabgeordnete für Ober- und Niederbarnim Dr. Schupp hat unter Hinweis auf die letzten Parteivorgänge in dem Wahlkreise seinen Austritt aus dem fortschrittlichen Wahlverein für Niederbarnim erklärt. Unter den letzten Vorgängen im Wahlkreise sind natürlich nur die Verhandlungen über die Haltung der fortschrittlichen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl zu verstehen.

Die direkten und indirekten Steuern in den Großstaaten.

Zur Verteidigung der Mehrsteuervorlage hat der Reichsfinanzsekretär den Mitgliedern der Budgetkommission eine 230 Seiten starke Druckschrift zugehen lassen, die Angaben über die steuerlichen Verhältnisse in Deutschland, Frankreich, England und Oesterreich enthält. Natürlich soll mit diesem Material gezeigt werden, daß wir eigentlich in Deutschland in steuerlicher Beziehung noch am besten daran sind, daß Frankreich, Oesterreich und England viel mehr und rigorosere Steuern erheben als die deutsche Reichsregierung. Bei auch nur flüchtiger Durchsicht der Zusammenstellungen ergibt sich aber, daß ein solcher Beweis mit allen Mitteln der künstlichen Gruppierung nicht zu erbringen ist. Um nur eins herauszugreifen, werden in Deutschland an direkten Steuern erhoben 50,7 Proz.; daran sind aber nun natürlich eingerechnet alle die direkten Steuern, die in den Bundesstaaten und für Rechnung der Bundesstaaten zur Erhebung gelangen. An eigentlicher direkter Reichsteuer kommt nur die Erbschaftsteuer mit 1,52 Proz. in Frage. Frankreich erhebt schon an Erbschaftsteuer 7,82 Proz. und in Oesterreich entfallen auf die Erbschaftsteuer 4,44 Proz. Wenn in beiden Staaten die direkten Steuern niedriger angegeben sind, in Frankreich mit 28,15 Proz. und in Oesterreich mit 27,44 Proz., so liegt das eben daran, daß dort nicht 25 Bundesstaaten mit verschiedenen Steuerarten und Steuererträgen vorhanden sind, die dann als Gesamtsteuereinnahmen erscheinen. Ganz auffällig steht England mit seinen steuerlichen Verhältnissen gegen Deutschland ab. Es hat eine Erbschaftsteuer, die 10,99 Proz. direkte Steuern, bis 55,88 Proz. aller Steuereinnahmen ausmachen, so daß ein Gesamtanteil von 66,87 Proz. direkter Steuern nur wenig über 30 Proz. indirekter Steuern gegenüberstellen, während Deutschland selbst nach der Aufstellung des Schatzsekretärs rund 50 Proz. seiner Einnahmen aus indirekten Steuern zieht. Würde man nur die Reichseinnahmen rechnen, dann kämen in Deutschland fast 99 Proz. aller Einnahmen auf die indirekten Steuern. — Man könnte nur zufrieden sein, wenn sich die Reichsregierung das englische Steuersystem aneignen wollte.

Wenn man sich beschwert. . .

Wir berichteten vor einigen Wochen von dem Streich des Lehrerseminars in Drossen, das eine von unseren dortigen Genossen veranstaltete Versammlung unter freiem Himmel durch lärmende Gegenemonstrationen zu sprengen suchte. Der Referent der Versammlung hatte damals gegen den Seminardirektor, der den Aufzug seiner Seminaristen kommandierte, Beschwerde beim Provinzialschulkollegium eingereicht. Eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt. Außerdem aber hatte sich der Referent unter Angabe von Zeugen auch noch über die aufstrebenden Gendarmen beschwert, weil diese nach Beobachtungen der Versammlungsteilnehmer das Treiben der Seminaristen begünstigt hätten. Darauf erhielt er dieser Tage eine Antwort, die charakteristisch genug ist, um der Öffentlichkeit übergeben zu werden.

Die Polizeiverwaltung Drossen, den 29. Mai 1913.
3. Nr. 2704.

Ihre Beschwerde gegen die sozialdemokratische Versammlung am 4. Mai cr. überwachend habenden (1) Polizeio rgane haben wir an die königliche Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. D. zum zuständigen Befinden abgegeben, da der zur Sache gehörte Gendarmeriewachmeister Hade berichtet hat, daß Sie mit Ihrer Beschwerde eine falsche Anzeige erstattet haben.

Unterschrift
(unleserlich)

An Herrn Schriftsteller Eric Kuttner
zu Berlin-Halensee.

Die Ausdrucksweise des Schreibens nötigt zu dem Schluß, daß die von dem Beschwerdeführer benannten Zeugen erst gar nicht vernommen worden sind! Der angeschuldigte Gendarm bestreitet, und das Zeugnis einer Person, die durch ein Zugeständnis sich selber schwer kompromittieren würde, soll nun genügen, um dem Beschwerdeführer einen Strich zu drehen! Doch wir leben in einem „Rechtsstaat“.

Scharfmacher an der Arbeit.

Am Sonnabend und Sonntag hielt der Verband sächsisch-deutscher Industrieller seine fünfte Generalversammlung ab. Der Verbandssyndikus Dr. Nied-Rannheim referierte über die Notwendigkeit, die Arbeitswilligen zu schützen. Das Recht auf Arbeit gelte auch für den Arbeitswilligen. Die Streikabschreitungen hätten in Süddeutschland in den letzten Jahren zugenommen, weshalb der Verband sich genötigt gesehen habe, eine Enquete zu veranstalten und das Material dem Reichstagsrat bei der notwendigen Schaffung neuer Gesetze

zum Schutze der Arbeitswilligen zur Benutzung zuzulassen. Unter dem Beifall seiner Protogebere verlangte Dr. Nied, daß die badische Regierung schon jetzt im Rahmen der bestehenden Gesetze für einen besseren Schutz der Arbeitswilligen sorgen möge. Zum Schutze der Arbeitswilligen habe man eine Entschädigungsgesellschaft gegen Streiksäden gegründet, die ihre Tätigkeit demnächst aufnehmen und sich der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände anschließen werde. Schon das Vorhandensein einer solchen Gesellschaft werde manchen Streik verhindern, anderenfalls werde dadurch kleineren Fabrikanten das Durchhalten von Aufständen ermöglicht. Ueber das Zahlloshyem referierte Professor A. Wallisch von der Technischen Hochschule in Aachen. Durch Lichtbilder veranschaulichte Herr Professor den interessierten Unternehmern die Vorteile des Systems klar zu machen und wie durch Ersparung von Handgriffen der Unternehmergewinn um das Mehrfache gesteigert werden könne, ohne daß die Arbeitskraft der Arbeiter allzuviel verbraucht werde. Ein Arbeitermangel würde danach nicht entstehen. Diese optimistische Auffassung von der leichten Einführbarkeit dieses raffinierten Ausbeutungssystems fand selbst bei den Unternehmern einigen Widerspruch. Der Fabrikant Stoeck-Heldberg bemerkte, daß er in Amerika etwa 70 Fabriken, in denen nach dieser Methode gearbeitet werde, beschäftigt habe. Er halte nicht allzuviel davon. Kamentlich müsse man berücksichtigen, daß die deutschen Arbeiter sich — und zwar nicht ganz mit Unrecht — gegen seine Einführung auflehnen würden. Die Einföhrung könne nur ganz langsam erfolgen. Der Tagung wohnte u. a. auch der Minister des Innern v. Bodman bei.

Die badischen Landtagswahlen.

Wir lesen im Karlsruhe „Volkshfreund“: Zwischen den Vertretern der drei Linksparteien fand gestern in Karlsruhe eine abschließende Verhandlung über die bei den bevorstehenden Landtagswahlen zu befolgende Taktik statt. Es ist sicher zu erwarten, daß die in Betracht kommenden Organisationen den Grundlagen des Abkommens ihre Zustimmung geben werden.

Eine Landtagswahlwahl im Elsaß.

Für die Zweite Kammer fand am Sonntag, den 1. Juni, im unterelsässischen Kanton Brumath eine Ersatzwahl statt. Der Kreis ist ein vorwiegend ländlicher Wahlkreis, in welchem das Zentrum im Oktober 1911 bei den Hauptwahlen am ersten Wahlsonntag 2727 Stimmen erhalten hatte gegen 1817 für den fortschrittlichen und 1090 für den sozialdemokratischen Kandidaten. Bei der Nachwahl am Sonntag darauf siegte dann der Zentrumskandidat, ein Landbürgermeister namens Fischer, mit 3006 Stimmen gegen 2055 für den Fortschrittscandidaten, zu dessen Gunsten die sozialdemokratische Kandidatur zurückgezogen worden war. Die Ersatzwahl am letzten Sonntag war erforderlich geworden durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Fischer. Sie endigte wiederum unentschieden: der Zentrumskandidat Dr. Dido, Gefängnisgeistlicher in Stragburg und nebenbei Korrespondent der „Rheinischen Volkszeitung“, erhielt 2883 Stimmen, der Fortschrittscandidat Dr. Postetter 2225 und der Sozialdemokrat Schott 838. Der Ausgang der sozialdemokratischen Stimmen um 252 erklärte sich daraus, daß diese Wähler bei der Konstellation der Parteienverhältnisse in Elsaß-Lothringen, und da der Wahlkampf im Kreise von unseren Genossen gleich für die erste Wahl vielleicht zu Unrecht etwas einseitig gegen das Zentrum geführt wurde, ihre Stimme schon bei dieser ersten Wahl dem Fortschrittscandidaten als dem aussichtsreichsten Kandidaten der Linken zuführten, der 408 Stimmen mehr erhielt als der liberale Kandidat von 1911. Für die Nachwahl am nächsten Sonntag wird die sozialdemokratische Kandidatur wiederum zugunsten der fortschrittlichen zurückgezogen. Es ist dann möglich, daß das Zentrum das Mandat verliert, da der Vorsprung der Linken (Fortschrittler und Sozialdemokraten) jetzt 210 beträgt (gegen 180 im Jahre 1911) und das Zentrum diesmal mehr als im Jahre 1911 schon für den ersten Wahltag mit äußerster Kraftanstrengung gekämpft hat.

Ein fortschrittlich-sozialdemokratischer Gemeindevahltag.

wurde am letzten Sonntag in der lothringischen Stadtgemeinde Saargemünd erzielt. Es wurden — bei einer Gemeinderatsersatzwahl — fünf fortschrittliche Kandidaten und ein Sozialdemokrat auf gemeinschaftlicher Kandidatenliste (für diesen zweiten Wahlgang) mit 950—1144 Stimmen gewählt, während von der Zentrums-kandidatenliste nur ein Kandidat mit 873 Stimmen siegte — zum Gaudium der Öffentlichkeit der einzige Israelit, den die Zentrumsliste aufwies. Ihm gegenüber unterlag ein weiterer fortschrittlich-sozialdemokratischer Vertriebskandidat, ein Parteigenosse, mit 803 Stimmen.

Nach dem Balkankriege.

Demissionsabsichten des Ministeriums Geshow.

Wien, 3. Juni. Das Wiener L. Z. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Sofia: Von kompetenter Stelle verlautet, das Kabinett habe schon vorigen Sonnabend aus konstitutionellen Gründen angefaßt der Haltung Serbiens seine Demission überreicht. Die Krise soll jedoch erst nach Rückkehr Daneos, welche für Donnerstag erwartet wird, aktuell werden. Man hält eine Rekonstruktion des Kabinetts für wahrscheinlich.

Das Ergebnis der Besprechung von Zaribrod.

Belgrad, 2. Juni. Die Nachricht über Erzielung eines Einvernehmens zwischen Paschisch und Geshow betreffend die gemeinsame Beratung der Verbündeten über die territorialen Fragen hat in den politischen Kreisen den günstigsten Eindruck hervorgerufen, da man darin eine wesentliche Verstärkung der Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der schwebenden Konflikte erblickt. Paschisch ist nachmittags aus Zaribrod zurückgekehrt. Wie verlautet, wird die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Saloniki oder Belgrad erfolgen.

Oesterreich.

Eine Interpellation zur Spionageaffäre Redl.

Wien, 3. Juni. Im Abgeordnetenhaus haben die Christlich-Sozialen eine Interpellation über den Fall Redl eingebracht, in der sie darüber Klage führen, daß man, anstatt Redl vor das Militärgericht zu stellen und der gerechten Strafe zuzuführen, ihm das Verbrechen des Selbstmords nahegelegt und die Öffentlichkeit durch unwahre Meldungen über seinen Selbstmord irreführt habe. Dieses Mittel sei nicht geeignet, die Ständesche der Offiziere zu schüßen und die Aufregung in der Bevölkerung zu beruhigen. In der Interpellation wird verlangt, daß der volle Sachverhalt dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt werde.

Frankreich.

Das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit vor der Kammer.

Paris, 2. Juni. Der Reichstagsrat Le Hericq erörterte die Gründe, aus denen der Verordnungsrat den Befehlswort für nötig für die Sicherheit des Landes halte. Er sagte, das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit könne nicht mehr als 540 000 Mann ergeben, und erinnerte daran, daß die Effektivstärke in Deutschland vom Oktober ab 800 000 Mann betragen werde. Während der kri-

stischen Zeit der Mobilmachung würde ein Franzose gegen zwei Deutsche zu kämpfen haben, deren 200 000 zwischen Rhein und Vogesen 100 000 Franzosen gegenübertreten würden. (Bewegung.) Die Kommission habe alle anderen Lösungen außer der dreijährigen Dienstzeit verworfen müssen, besonders wegen der Notwendigkeit, die Deckungsgruppen zu verstärken. Garnisonen aus dem Innern heranzuziehen, würde den Mechanismus der Mobilmachung stören und den Verwaltungsdienst in Unordnung bringen. Der Berichtsersteller betonte die Schwäche des Heeres, die in dem Augenblicke der Entlassung der alten Leute infolge der geringen Anzahl von Kapitulanten eintrete. Die Kommission habe deshalb schweren Herzens die 167 000 neuen Soldaten, die nun einmal nötig seien, bewilligen müssen. Dieser brutalen Tatsache können wir uns nicht verschließen; wir müssen den Generälen die Mannschaften geben, die sie verlangen. (Widerpruch auf der äußersten Linken, lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken.) Der deutsche Reichstagsratler hat gesagt: Ich muß von Ihnen diese Verstärkungen verlangen, denn wenn wir morgen Krieg führen müssen, so wollen wir siegen. Ich antworte ihm mit denselben Worten. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken.) In dieser Frage verschwindet die Parteipolitik, nur das Interesse der Nation bleibt; dies Gesetz kann nicht das Werk einer Partei sein, denn es geht nur das Vaterland an, dessen Sicherheit und Größe verteidigt werden muß. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken.) Felly Chauteemps (Radikaler) sagte, die dreijährige Dienstzeit würde die wirtschaftlichen Interessen des Landes zerrütten. Die jungen Franzosen seien zu heroischen Opfern bereit, aber das Leben in der Kaserne widerstehe ihnen. (Beifall auf der äußersten Linken, Lärm im Zentrum und auf der Rechten.) Das Ausland sehe in dem Befehlswort eine Herausforderung. (Zwischenrufe.) Neben warf den Generälen vor, daß sie bei ihren Beschlüssen an ihre persönlichen Interessen dächten. (Widerpruch.) Präsident Deschanel: Unsere Offiziere denken wie wir alle nur an das Interesse des Vaterlandes. Chauteemps: Ja gewiß! Aber sie urteilen alle von einem ganz besonderen Gesichtspunkte aus. Der Redner meinte weiter, man dürfe die Tragweite der deutschen Maßnahmen für Frankreich nicht überschätzen, denn Deutschland hätte auch gegen den Panlawismus Front zu machen. Außerdem wäre die Lage Oesterreich-Ungarns und Italiens nicht beruhigend für Deutschland. Pugliesi-Conti (Rechte) rief bozisch: Der Redner plädiert wie ein deutscher Kriegsminister! und erhielt einen Ordnungsruf. Chauteemps antwortete, es sei nicht unpatriotisch, zu sagen, daß die deutschen Rüstungen sich nicht gegen Frankreich richteten. Das deutsche Volk sei ebenso friedlich wie das französische, der Kaiser selbst widerstehe den Alldeutschen, man brauche keinen plötzlichen Angriff von Deutschland zu befürchten. Major Driant rief bozisch: Messimy hat in der Kommission gesagt: Am dritten Mobilmachungstage könnten 850 000 Deutsche in Frankreich eindringen. (Bewegung.) Chauteemps polemisierte lebhaft mit Benazet und André Lebèvre und erklärte, die Anwerbungen seit einigen Monaten würden auch ohne den dritten Jahrgang eine genügende Effektivstärke ergeben. Chauteemps griff weiter die Kolonialpolitik wegen der in Marokko festgelegten 60 000 Mann, die viel zweckmäßiger an der Ofgrenze länden, heftig an, wurde aber vom Kriegsminister Etienne unterbrochen, welcher auf die zivilisatorische Aufgabe der Truppen in Marokko hinwies. (Beifall.) Als Chauteemps von der früheren Sorglosigkeit in der Kriegsverwaltung sprach, erhob sich General Pau, Kommissar des Kriegsministers, um den Saal zu verlassen. (Lebhafte Bewegung, zahlreiche Deputierte hielten den General zurück, der sich endlich entschloß, zu bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Der Kriegsminister, von langanhaltendem Beifall des Zentrums und der Rechten empfangen, lobte seine Offiziere unter andauernder starker Bewegung. Auf weitere Kritiken von Chauteemps wollte General Pau wieder hinausgehen, blieb aber auf lebhaftes Drängen seiner Umgebung. Chauteemps beendigte seine Rede unter großem Tumult. Darauf wurde die Diskussion auf morgen vertagt.

Jaurès (Sozialist) brachte eine Tagesordnung ein, welche unter Hinweis auf den Zwischenfall mit dem General Pau verlangt, daß die Regierungskommission die Redefreiheit respektieren. Ministerpräsident Barthou lehnte die Tagesordnung ab und verteidigte den General. Darauf zog Jaurès seine Tagesordnung zurück und die Sitzung wurde geschlossen.

Letzte Nachrichten.

Die Landtagswahlen.

Um 11 Uhr abends lag folgendes Ergebnis vor: 439 Abgeordnete wurden definitiv gewählt. In zwei Wahlkreisen haben für 4 Abgeordnete Stichwahlen stattgefunden. Von den Gewählten sind 147 Konservative, 58 Freikonservative, 73 Nationalliberale, 37 Volkspartei, 103 Zentrum, 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten, 1 Deutschsozialer und 1 Christlichsozialer. Bei 42 Mandaten hat eine Verschiebung in der Fraktionszugehörigkeit stattgefunden. Die Konservativen gewinnen 10, verlieren 15; die Freikonservativen gewinnen 2, verlieren 9; das Zentrum gewinnt 5 und verliert 5; die konservativen Wilden gewinnen 2 und verlieren 1; die Polen verlieren 2; die Nationalliberalen gewinnen 13 und verlieren 5; die Fortschrittliche Volkspartei gewinnt 6 und verliert 5; die Sozialdemokraten gewinnen 4 Sitze. Die Gesamtverschiebung reduziert sich wie folgt: Konservative minus 5, Freikonservative minus 7, Konservative (Wild) plus 1, Nationalliberale plus 8, Fortschrittliche Volkspartei plus 1, Sozialdemokraten plus 4.

Demission des Kabinetts Lufacs.

Budapest, 3. Juni. (B. Z. B.) In der heutigen Konferenz der Regierungspartei teilte Ministerpräsident Lufacs mit, er werde dem Abgeordnetenhaus morgen die Demission des Kabinetts anzeigen, worauf das Haus bis zur Entscheidung des Königs vertagt werden würde.

Die Malissoren gegen die montenegrinische Oberherrschaft.

Wien, 3. Juni. (B. Z. B.) Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Skutari, Vizeadmiral Burney habe am 26. Mai mehrere Häuptlinge aus der großen Malissia empfangen, die Malissoren zum friedlichen Zusammenleben mit dem türkischen Bevölkerungsteile ermahnt und mitgeteilt, daß er ihre Denkschrift an die Kabinette der Großmächte weitergegeben habe. Häuptling Gjokuli habe den Dank der Malissoren für die Befreiung Skutaris ausgesprochen und gebeten, die Mächte möchten auch die große Malissia von dem Joch Montenegros befreien. Die Malissoren würden gegen jeden Versuch, einen Teil von ihnen an Montenegro anzuliefern, bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. Es sei schon jetzt notwendig, die Montenegriner von ihren Strengen zu entfernen, um Konflikte zu verhüten.

Unwetterkatastrophe in Spanien.

Barcelona, 3. Mai. (B. Z. B.) Infolge anhaltender Regengüsse wurden durch Ueberschwemmungen im Vallantale zahlreiche Häuser gerührt. Viele Menschen seien ertrunken sein.

Unserem lieben Genossen
Wilhelm Handke
nebst seiner lieben Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur silbernen Hochzeit.
Die Funktionäre d. 13. Abteilg.
4. Kreis.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. Berl. Reichstags-Wahlkreise.
Am 2. Juni verstarb unser Ge-
nosse, der Maschinenformer
Valentin Lonschinsky
Kolberger Straße 5, Bezirk 800.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Philippus-Kloster-Kirchhofes
aus nach dem Siedlichen Fried-
hof, Müllerstraße, Ecke Seestraße,
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
228/15

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Uhrmacher
Paul Luchterhand
Tempelhof, Ostfartstraße 18,
am 31. Mai an Blasenleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Rixdorf, Friedenstraße, aus
statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Maschinenformer
Paul Rauber
am 1. d. M. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes,
Wartenborfer Weg, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Maschinenformer
Valentin Lonschinsky
Kolberger Str. 5, am 2. d. M.
an Herzleiden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Siedlichen Friedhofes,
Müllerstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Hugo Bontoux
am 28. Mai gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
119/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 1. Juni starb unser Mit-
glied, der Maurer
Wilhelm Emmerich
(Bezirk Oranienburger Vorstadt).
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle der
Sophien-Gemeinde in der Frei-
malder Straße aus statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Fuhrer
Wilhelm Pohland
am 30. Mai verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Juni, vormit-
tags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes
in Wilhelmshagen, Landsberger
Weg, aus statt.
Ferner den Mitgliedern zur
Nachricht, daß der Maurer
Joseph Obst
am 2. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des katholischen Kirchhofes
in Wilhelmshagen, Landsberger
Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kons-
tanzener
Ernst Niesch
am 31. Mai im Alter von 40 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes, Falkenbergerschaussee, aus
statt.
Die Bezirksverwaltung

Zentralverb. d. Böttcher, Weinküfer
und **Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Karl Schwemer
am 1. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, von der Halle des
Luisen-Kirchhofes, Fürstendamm
Weg (Westend) aus statt.
22/8 Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 31. Mai,
erlitt ein sanfter Tod, nach
kurzem aber schmerzhaftem
Leiden meinen innigstgeliebten
Wilhelm Polandt.
Dies zeigt tiefbetrubt an
Frau **Berta Polandt**
geb. Böke.
94/15
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Juni, vor-
mittags 11 Uhr, auf dem Fried-
hofe der Kaiser-Wilhelm-Gedäch-
tnis-Kirche am neuen Fürsten-
dammweg, Westend, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Stadt-
arbeiter
Karl Seiler
Reußhän, Redarstraße 8, im Alter
von 41 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Reußhän-Gemeinde-Friedhofes am
Wartenborfer Weg aus statt.
84/3 Die Ortsverwaltung.

Verband
der **Schneider, Schneiderinnen u.**
Wäschearbeiter Deutschlands.
Den Mitgliedern geben wir hier-
mit bekannt, daß der Kollege
Wilhelm Loock
am 31. Mai im Alter von
53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Siedlichen Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
163/11 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung
unseres Sohnes sagen wir allen
Freunden und Bekannten sowie den
Kollegen der Siedlichen Ludwig Löwe,
dem Personal und Pfleger der Brä-
gerei Albrecht, dem Deutschen Metall-
arbeiterverband und den Genossen
des 6. Kreises unseren herzlichsten
Dank.
77/1

Danksagung.
Für die große Anteilnahme bei
dem Hinscheiden meines lieben
Vaters und guten Vaters, des
Restaurateurs
Gustav Henning
sagen wir hierdurch unseren tief-
gefühlsten Dank allen denen, die
in so hohem Maße dem Ver-
storbenen ihre Verehrung und uns
wohlwollende Teilnahme erwiesen
haben. Berlin, den 2. Juni 1913.
Frau Olga Henning und Söhne.
Alexanderstraße 44.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unsere Kollegin
Lisbeth Knüttel
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem Mattfeld-Kirchhof,
Südende, statt.
Ferner starb unser Kollege, der
Kartonarbeiter
Paul Micksch
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Gemeinde-Fried-
hof in Friedrichshagen statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
24/8 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 2. Juni, vor-
mittags 11 Uhr, entschlief nach
langem, schwerem, mit Geduld ge-
tragenem Leiden plötzlich mein
innigstgeliebter Mann, Bruder,
Schwager und Onkel
Richard Regel
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigt im Namen der
trauernden Hinterbliebenen tief-
betrubt an
Elise Regel, Verlegerer Str. 30.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Juni, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Knabner-Kranken-
hauses, Birkenstr. 62/63 aus, nach
dem neuen St. Johannis-Kirch-
hof in Pöppelstraße.

Konsumverein für Tegel und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)
Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, in Trapps Fest-
sälen, Tegel, Bahnhofsstr. 1:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Mirus** über: „Die Konzentration-
bestrebungen der deutschen Konsumvereine“. 2. Beschlußfassung über
die Auflösung der Genossenschaft zwecks Verschmelzung mit der Konsum-
genossenschaft Berlin und Umgegend. 3. Wahl von drei Liquidatoren.
Der Zutritt zu dieser Versammlung ist nur gegen Vorzeigung der
Legitimationskarte gestattet. 105/14
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:
Max Lichtenberg, Hugo Köhler, Friedr. Hülla. I. Massa, Vorsitzender.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. A. Bahnisch, Ackerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Gabelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Kopen-
nickerstr. 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
N. Jucht, Immanuelstraße 12. J. Neul, Bernauerstr. 42.
N. W. Baumann, Reinsberger Str. 67. G. Richter, Poststr. 6.
Karl Mars, Grefenbagenstr. 22. A. Gönisch, Müllerstr. 31a.
G. Vogel, Vorjägerstr. 37. A. Ties, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tschu, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fris, Brinjenstr. 31. G. Lehmann, Rotfischer Damm 8.
SO. Paul Bohn, Langer Weg 14/15. V. Gorch, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbaderstr. 13. L.
Hornigwalde. Paul Kienast, Hünichstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seifenbeimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Frau Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Genschur, Varstr. 6.
Karlshorst. Richard Küter, Adelsstr. 9. II.
Köpenick. Emil Wilsler, Riekerstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seiffel, Wartenborferstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Harub, Bräckenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Japke, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wälschminenhofstr. 17. Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Wälschstr. 30.
Reinickendorf. V. Gursch, Springstr. 56. Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Sieglitzstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkrantz, Alt-Borghagen 56.
Schönberg. Wilhelm Gammier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Dreieckstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Wälschstr. 5.
Tempelhof. Job. Krohn, Vorjägerstr. 62.
Treptow. Robert Gramen, Kieboldstr. 412. Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiffer. Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schaubert, Wälschstr. 27.

Beerdigungsverein
der **Zimmerleute Groß-Berlins.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kamerad
August Jagsch
Lüfter Str. 13
am Sonntag, den 1. Juni, abends
9 1/2 Uhr, nach langem, schwerem
Leiden im Alter von 63 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. d. M., nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Krankenhauses am Friedrichshagen
(Birchhofstr.) aus nach dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
110/28 Der Vorstand.

Berlin W.
Mohrenstr. 37a (Kolonnaden)
Berlin NO.
Große Frankfurter Str. 115
Trauermagazin
für
Damen-Konfektion
Kleider, Hüte etc.
Außerordentlich Preise
Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu
ganz niedrigen Preisen.
Westmann

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1967. Kassierer: Amt Norden 165. Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 165. Amt Norden 1239, 9714.
Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitgliederversammlung
der **Elektromonteuere u. Helfer**
in den **Musiker-Festsälen**, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Sind die Lohn- u. Arbeitsbedingungen der Elektromonteuere
Groß-Berlins verbesserungsbedürftig? (Ref: Kol. Maus. 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Drahtarbeiter**
im Lokal von **Brinkmann** (früher Merkowski), Andreadstr. 26.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr:
Versammlung
der **Mechaniker, Uhrmacher, Optiker**
sowie aller
in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen
in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Ingenieurs **Rich. Woldt** über: „Der
amerikanische Despot in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und
Branchenangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Eisenformer**
in den „**Borussia-Sälen**“, Ackerstraße Nr. 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Arbeitsbedingungen vor und nach dem Streik 1911.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 6 Uhr:
Versammlung
der in der **Automobil- und Flugzeugindustrie** beschäftigten Klempner
in den **Andreas-Festsälen**, Andreadstr. 21.
Tagesordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der Agitation in unserer Gruppe. 2. Die
Bewegung in den Flugzeugbetrieben. 3. Branchenangelegenheiten.
Die Kollegen von **Neud, Loeb & Co.** und der **Reinickendorfer Motor-
wagenfabrik** sind hierzu ganz besonders eingeladen. 110/5
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher etc.
Bureau: Weichhorstr. 28, dort. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Ackerstr. 9.
Fernspr.: Amt Köpenick 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708
Donnerstag, den 5. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Sektions-Versammlung der Lackierer
im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Ritter** über: „Volkshilfe-
versicherung“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Vertrauensleute sowie die Mitglieder
vollzählig erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sektionsleitung.
136/5

Zentral-Verband der Töpfer
und **Berufsgenossen Deutschlands.**
Filiale Groß-Berlin.
Morgen **Donnerstag**, den 5. Juni 1913, abends 6 1/2 Uhr,
im **Königstadt-Kasino**, Holzmarktstr. 72, v. 1. Tr. (langer Saal):
Bauvertrauensmänner - Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die augenblickliche Situation im Gewerbe. 2. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Endberechnungen von einzelnen
Bauten abzugeben. Alle Bauten müssen unbedingt vertreten sein und ihre
Richtigkeit erläutern. Ferner müssen alle Kollegen, die bei der Firma **Karl
Lüdtke** arbeiten und gearbeitet haben, zur Versammlung kommen, da
eine sehr wichtige Sache zu regeln ist. Der Vorstand.
NB. Die Delegiertenwahlen zur Leipziger Generalversammlung
finden am kommenden Sonntag, den 8. Juni, vorm. von 8-10 Uhr,
statt. Am Sonnabend, den 7. Juni, sollen die Zahlstenden aus-
samtliche Kollegen, die noch von **Dames** Löhne zu erhalten
haben, müssen am Donnerstag, den 5. Juni, präzise 6 Uhr im
Zentralbureau erscheinen zwecks Rücksprache. D. C.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Kammacher!
Heute **Mittwoch**, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Preuß.**
Golzmarktstraße 65:
Vertrauensmänner - Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht des **Obmannes**. 2. Bericht
der **Vertrauensleute**. 3. Verbandsangelegenheiten.
Schirmmacher!
Freitag, den 6. Juni, abends 6 1/2 Uhr, bei **Körting**, an der
Straßauer Brücke 3:
Außerordentl. Mitgliederversammlung
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Garbáty
Cigaretten
Qualität

Gewerkschaftliches.

Ein alter Bekannter.

In Harzburg sind die Bauarbeiter ausgesperrt. Die Unternehmer haben in Berlin Hilfe gefunden in dem ehemaligen Maurermeister Otto Genske, Seestr. 37 wohnhaft.

Herr Genske hat im Jahre 1911, nachdem er seine Tätigkeit zwangsweise hatte unterbrechen müssen, auch dem Arbeitgeberverbande für das Lithographie- und Stein- druckgewerbe seine Hilfe an.

Nichts desto weniger hatte er Pech. Das Arbeitswilligen- Vermittlungsgehalt wollte seinerzeit absolut nicht gehen.

Die zwei Jahre Ehrverlust hatte er im Jahre 1911 hinter sich. Seit einigen Jahren ist Herr Otto Genske also wieder ein Ehrenmann, ja, er gehört, wie man sieht, zu den dem Staate besonders nützlichen Elementen.

Die Herren, die ihn in Berlin einmal protegirt haben, tun undankbarerweise, als könnten sie sich garnicht mehr dieser wertvollen Hilfe aus dem Jahre 1907 erinnern.

Und auch uns wird er dankbar sein, daß wir so sorgfältig alles zusammentragen, was man eben zum Lobe Otto Genskes zu sagen vermag!

Berlin und Umgegend.

Die Zigarrenfabrik von Rable, N. Veteranenstr. 27, gilt als gesperrt. Der Tarif, den die Firma mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande abgeschlossen hatte, ist von ihr wiederholt durchbrochen worden.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Eueren Zigarrenbedarf, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Nebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Metallarbeiterausperrung in Stuttgart.

Bei der Welfirma Robert Vösch in Stuttgart und Feuerbach bei Stuttgart sind, wie wir gestern schon mitgeteilt haben, 3000 (nicht 4000) Metallarbeiter ausgesperrt worden.

Trohende Aussperrung in der Sonneberger Spielwarenindustrie.

Die Väter und Einbinder der Sonneberger Spielwarenfabriken sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Fabrikanten und Kaufleute mit dem Sekretär des Transportarbeiterverbandes nicht verhandeln wollen, so haben in verschiedenen Fabriken die Väter die Arbeit niedergelegt.

Aus der Holzindustrie.

Der erfolgreiche Abschluß der großen Tarifbewegung im Frühjahr d. J. hat im Lager des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe Mißbehagen ausgelöst.

In der Frage der Arbeitsvermittlung ist bei den verflochtenen Tarifverhandlungen eine Verständigung zwischen allen Beteiligten erzielt worden, was im Schiedsspruch selbst wie folgt zum Ausdruck gebracht worden ist:

Die Zentralvorstände haben die ihnen zugewiesene Aufgabe inzwischen gelöst. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist in der Lage, den Wortlaut des vereinbarten Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise zu veröffentlichen, wie er zwischen den Vorständen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des christlichen sowie Girsch-Dunderschen Gewerkschafts auf der einen Seite und mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes auf der anderen Seite abgeschlossen ist.

Metallarbeiterstreik. Wegen Verweigerung einer kleinen Lohnerhöhung, Regelung des Akkordwesens und Erhöhung der Akkordlöhne legten am Freitagabend nach fruchtlosen Verhandlungen über

400 Metallarbeiter der Schiffswerft Casar Wollheim in Cosel bei Breslau die Arbeit nieder. Die Firma hat die Austragung der Angelegenheit dem Verbande der Metallindustriellen übertragen.

Der Streik der Waggener in Rughaven konnte nach viertägiger Dauer beendet werden. Die Hanseatische Vagnergasse hat den Waggenern eine Zulage von 2,12 M. pro Woche gegeben.

Der Hinweis auf den Hamburger Staat sollte diesen eigentlich veranlassen, einmal darauf zu achten, daß er keine Arbeiten vergibt an Firmen, bei denen die Arbeitszeit 16 Stunden beträgt.

Boikott und § 153 der Gewerbeordnung.

Das Schöffengericht Reichen beurteilte am 28. Mai d. J. den Bezirksleiter Brödnert vom Verband der Brauerei- und Mälzerei- und den Drucker Haubold zu Gefängnisstrafen von drei, vier und einer Woche wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Der Streik in der Rärnberger Bärsten- und Pinselindustrie wird mit ungeschwächter Kraft weitergeführt. Dieser Kampf ist der umfangreichste, den der Holzarbeiterverband gegenwärtig zu führen hat.

Kleines feuilleton.

Die Wissenschaft und der Tierverstand. Trotz der Blamage, die der „Auge Hans“ und sein Abtrichter so manchen Wissenschaftlern bereitet hat, fahren einige von den Unbelehrbaren fort, an die denkenden Pferde von Eberfeld zu glauben.

Plate selbst hat drei Tage zur Prüfung der Pferde in Eberfeld gewollt. Jemand eine Täuschung seiner Person war, so glaubt er, nicht möglich, da er mit den Pferden allein war.

Ein Protest gegen die Wohlgeborenheit. Alfred Russell Wallace sieht jetzt im 92. Lebensjahr, aber daß er immer noch nicht nur sich ungeschwächter Geisteskraft erfreut, sondern auch eine brave Klinge schlägt, hat er jetzt durch einen leidenschaftlichen Protest gegen die sogenannte Eugenie bewiesen.

Der Streik gegen die Wohlgeborenheit. Alfred Russell Wallace sieht jetzt im 92. Lebensjahr, aber daß er immer noch nicht nur sich ungeschwächter Geisteskraft erfreut, sondern auch eine brave Klinge schlägt, hat er jetzt durch einen leidenschaftlichen Protest gegen die sogenannte Eugenie bewiesen.

berartigen Quacksalberei die geringste Stütze gegeben. Die Ausscheidung der Unzulänglichen ist ein bloßer Vorwand für die Aufrichtung einer ärztlichen Tyrannei, und wir haben von dieser Art von Tyrannei schon gerade genug.

Musik.

Die Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung Camillo Hildebrands haben vielverheißend begonnen. Gleich das erste (im großen Saal der Neuen Welt) veranstaltete eine riesige Zuhörerschaft.

Humor und Satire.

Trömel in Algier.

Es ging zur französischen Fremdenlegion Der Bürgermeister von Mledom. So ungereimt wie „dom und -legion, Schien den Behörden die Defection.

Dem lag eine Defection nicht vor. Als Trömel Frankreich den Franzosen schwor? Sofort hat Preußen sich dort begehrt.

Der aber fluchte: „Poy Sapperment! Ich bin und bleibe beim Regiment. Was Preußen will, das ist mir Wurst; Ich habe nach a n d e r e r Freiheit Durst.

Die ganze preussische Bureaucratie: Da kufft ich und pfeif ich drauf — und wie! Ich wurde des Schweindels gründlich satt, Der Leben und Amt mir verleidet hat.

Drum immer lachte und Gahn in Ruh! Ich bin ein Mann und weif, was ich tu.“ — So sprach Herr Trömel, monach im Land Des preussischen Adlers Kopfschütteln entstand.

Ich finde, sein Zweck hat Ruh und Hand, Ist auch das Mittel ein bißchen rüstant. Doch lieber in Algier bei harter Pflicht Als hier unter Po'zelaufsicht! Roppel.

Notizen.

Ein Reichsausschuß für die wirtschaftlichen Interessen der bildenden Künstler wird von der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft geplant.

Erich Schmidts Literaturstuhl soll nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ dem Leipziger Literaturprofessor Albert Köster doch nicht als das höchste der erstrebenswerten Güter gelten.

Ein neuer Zeiß-Apparat. In dem nach den fortgeschrittensten Einsichten eingerichteten neuen psychologischen Institut zu Jena dient zu Lehrzwecken ein bis jetzt noch nirgends benutzter Doppelapparat, der mit Hilfe einer bloßen Spiegelredung mikroscopische und makroskopische Bilder unmittelbar nacheinander zeigt.

Die Ausrottung der Ralfische steht nach Ansicht des Pariser Zoologen Grapel unmittelbar bevor. Er versicherte in der Akademie der Wissenschaften, daß nach seiner Berechnung diese Tiergattung in vier Jahren ausgerottet sein wird, und forderte dringlich eine internationale Abmachung zwischen allen Seemächten.

Die Univerität Dorpat geht am Professoren- mangel zugrunde. Neunzehn Lehrstühle sollen bereits unbesetzt sein und die juristische Fakultät wurde jetzt aus eben diesem Grunde ganz und gar geschlossen.

Industrie nicht sind. Die Unternehmer bewilligten in den Verhandlungen alles, was ihnen nichts kostet und seither schon in Kraft war, alles übrige — und besonders das materielle — lehnten sie entschieden ab. Als dann auch noch die Absicht zutage trat, die Verhandlungen zu verschleppen, schritten am Tage vor Pfingsten 1000 Arbeiterinnen und 700 Arbeiter zur Kündigung und stellten nach Ablauf der Frist ebenso einmütig die Arbeit ein. Inzwischen haben sich noch über 100 Heimarbeiterinnen dem Streik angeschlossen. Auf eine solche umfassende Arbeits einstellen waren die Fabrikanten nicht vorbereitet. Es haben alsdann zwar weitere Verhandlungen stattgefunden, aber die Situation hat sich dadurch nicht wesentlich geändert. Die Streikenden halten fest zusammen und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge frohen Mutes entgegen.

Ausland.

Organisierung einer Singschule durch Unternehmer in der Schweiz.

Der Verband der Fuhrhalter- und Pferdebesitzer von St. Gallen und Umgebung hat folgenden Demoralisierungsvertrag zur Organisierung einer Singschule ausgehändigt:

1. Der vorgenannte Verband engagiert den unterzeichneten Mitkontrahenten für sich und namens des Schweiz. Fuhrhalter-, Pferdebesitzer- und Spediteurverbandes als Mitglied einer Singschule in Streikfällen, und es verpflichtet sich das unterzeichnete Mitglied dieser Singschule, im Falle von Streikausbrüchen auf den Plätzen der Schweiz, unter dem Dienstpersonal der genannten Verbände, auf telegraphischen Ruf, sofort an dem ihm bezeichneten Orte als Erfahrmann in den Dienst zu treten.

2. Die Verbände leisten folgende Entschädigungen: a) Freie Reise (Fahrt und Verpflegung) hin und zurück; b) den doppelten Lohn, sowie eventuelle Zulagen, wie solche die in Streik getretenen Dienstleute bezogen haben.

3. Dieser Vertrag kann beiderseitig gegen vorausgehende halbjährliche Kündigung aufgelöst werden. Adressenänderungen sind unverzüglich anzuzeigen.

Der Mitkontrahent: . . .

Für den Verband der Fuhrhalter

und Pferdebesitzer von St. Gallen und Umgebung.

Der Präsident: . . . Der Aktuar: . . .

Der Mitkontrahent: . . .

Wie freigelegte das Korrupturkapital mit der Bezahung von Geldern Lumpenproletariats ist. Dabei sind die St. Gallen Fuhrhalter zu ihrem Plan nicht etwa durch einen Lohnkampf ihrer Arbeiter veranlaßt worden; sie haben ihn vielmehr mitten im Frieden ausgeführt, um die Arbeiter niedrigerhalten.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Der kommende belgische Gewerkschaftskongress, der am 15. Juni d. J. in Brüssel beginnt, darf nicht nur deshalb besonderes Interesse beanspruchen, weil er nach dem soeben beendeten Generalkongress eine Heerschau der Organisationen bilden und die Lehren dieser großen Bewegung zu kristallisieren suchen wird, sondern auch vornehmlich deshalb, weil gerade das vergangene Jahr eine Periode regierender Gewerkschaftlicher Entwicklung und Neugestaltung für die belgischen Arbeiter bedeutete. Seit einigen Jahren haben sich eine Reihe belgischer Gewerkschaftler bemüht, ihren Organisationen die Lehren und Anregungen der Bewegung im Auslande zu vermitteln. Besondere Studienreisen von Gewerkschaftsfunktionären wurden zu diesem Zwecke, z. B. nach Berlin, veranstaltet, ebenso fanden gewerkschaftliche Vorträge deutscher und französischer Gewerkschaftler in verschiedenen größeren Orten Belgiens statt. Diese und andere Vorarbeiten haben auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung schon erfreuliche Früchte gezeitigt. Das läßt sich auf den ersten Blick auch bei den Gewerkschaften konstatieren. Allein im letzten Jahre haben sich in sieben Bezirken bezw. Industriezweigen die bisher nur lose föderierten Gewerkschaften zu Zentralverbänden zusammengeschlossen, die hohe Beiträge für Kampf- und ausgedehnte Unterstüzungszwecke erstreben. Mit Stolz weist der Bericht der Gewerkschaftskommission darauf hin, daß nur noch fünf Föderationen übrig bleiben, die den Schritt zur Zentralkation noch nicht getan haben. Zentralverbände im Anschluß an die Gewerkschaftszentrale bildeten sich im Jahre 1912 in der Schuhindustrie, im Lithographengewerbe, für die öffentlichen Dienste, für das Baugewerbe, die Bekleidungsindustrie und für die Lebensmittelindustrie, doch wollen die Bäcker dem letzteren Zentralverbande bisher nicht beitreten. Die Arbeit der freien Gewerkschaften, welche der Arbeiterpartei bezw. der Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, wird ungemein gehemmt durch die gelben sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften, die nach deutschem Muster von katholischen Geistlichen, im Bunde mit Unternehmern, ins Leben gerufen sind und die sich jeder obrigkeitlichen Protektion erfreuen. Das letztere ist sehr leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß sie ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung, auch durch den organisierten Streikbruch, erblicken. Ihr Leiter, der Vater Mutton, veröffentlicht zwar Mitgliederzahlen, die aber in keiner Weise nachkontrolliert werden können, da alle anderen Details unveröffentlicht bleiben. In nachfolgendem haben wir seine Zahlen der Gewerkschaftszentrale gegenübergestellt. Es betrug die Gesamtmitgliedszahl der

	1909	1910	1912
Freie Gewerkschaften, der Arbeiterpartei angeschlossen	67 553	68 844	116 082
„Christlichen“ oder gelben Gewerkschaften	39 517	49 728	82 761

An die Gewerkschaftszentrale wurden für 116 082 Mitglieder Beiträge abgeführt. Am Jahresabschluss betrug ihre Mitgliederzahl 181 000. Auch wenn man die unkontrollierbaren Zahlen des christlichen Sekretariats zugrunde legt, so muß man mindestens die für die Eisenbahner und Wanderarbeiter, d. h. solche Landbewohner, welche in jedem Sommer jenseits der Grenze in Frankreich landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten pflegen, etwa 24 000, in Abzug bringen, da diese Gruppen keineswegs als Gewerkschaften angesprochen werden können. Immerhin zeigt die Gegenüberstellung, welche schlimme Folgen die Herplünderungsparole der Geistlichen für die belgischen Arbeiter schon gehabt hat. Besonders schlimmen Einfluß hat die Zerstückelung naturgemäß auf die Lohnbewegungen. Es spricht sehr für die Erstarkung und Laktiz der freien Gewerkschaften, daß sie trotz alledem von den 148 Arbeitsniederlegungen, aber welche der Zentrale berichtet wurde, 85 mit vollem und 19 mit teilweisem Erfolge beenden konnten, während nur 29 oder 22 Proz. mit einem Mißerfolge schlossen. Die Finanzen der freien Gewerkschaften weisen ebenfalls eine Besserung auf. Von 21 angeschlossenen Verbänden berichten 18, daß ihre Jahreseinnahme zusammen 2 422 500 Fr., ihre Ausgabe 1 703 890 Fr., ihr Kassenbestand 1 498 140 Fr. betrug. Einen erfreulichen Aufschwung zeigt die Gewerkschaftspressen. Acht Gewerkschaften veröffentlichten offizielle Organe in französischer Sprache, davon 2 halbmonatlich, 5 monatlich und einwöchentlich; 10 haben solche in holländischer Sprache, wovon 1 wöchentlich, 2 halbmonatlich und 7 monatlich erscheinen; 10 andere Organisationen besitzen Monatsblätter in beiden Sprachen, während das Monatsorgan der Seeleute gar vier Sprachen, französisch, holländisch, deutsch und englisch aufweist. Angestellte Beamte zählen die freien Gewerkschaften jetzt 101. Es geht vorwärts mit der belgischen Gewerkschaftsbewegung, das zeigt schon zur Genüge diese kurze Uebersicht.

13. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

Frankfurt a. M., 2. Juni 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung erstattete zunächst Freitag-Samburg den

Rassenbericht.

Rechner stellte fest, daß die auf dem letzten Verbandstag eingeführten Stoffbeiträge der Organisation einen guten Fortschritt

gebracht haben. Das Vermögen des Verbandes ist trotz erhöhter Ausgaben für die in Berlin neu beschlossenen Unterstüzungsfälle fast in die Höhe gegangen. Der Rechner bittet, alle Anträge, die eine Belastung der Kasse in sich bergen, abzulehnen.

Für das Jahrbuch berichtete Redakteur Weidler-Hamburg. Die Auflage des Verbandsorgans betrug im letzten Jahre rund 33 000 Exemplare wöchentlich. Den dreizehnten Raum in dem Organ nehmen die rein agitatorisch gehaltenen Artikel, und solche, die sich mit den Maßnahmen der Unternehmervereinigungen gegen den Verband befassen, ein. Daneben wurde das weite Gebiet der Sozialpolitik sehr umfassend behandelt. Um das fachwissenschaftliche Gebiet intensiver zu pflegen, sei beabsichtigt, ein besonderes Blatt zu schaffen, das monatlich einmal in Heftform erscheinen soll. Das neue Organ soll den Titel „Technik und Wirtschaftswesen im Bäder- und Konditorenberuf“ und der Schulnoten- und Judenzwarenindustrie“ erhalten, und im August herauskommen. In diesem Organ soll vor allem auf eine gute Materialkunde der Rohstoffe Wert gelegt werden. Rechner erläuterte im einzelnen das Programm der neuen Zeitung, die 16 Seiten stark und 50 Pf. pro Quartal kosten soll. Weidler schlägt ferner vor, daß die „Gleichheit“ künftig den weiblichen Mitgliedern nur dann geliefert wird, wenn sie wenigstens ein Jahr Mitglied der Organisation sind.

Den Ausschussbericht gibt Diermaier-München. Der Ausschuss hatte eine Reihe Beschwerden zu erledigen, die mehr interner Natur sind. Prinzipieller Natur war eine Beschwerde der Dresdener Mitgliedschaft, die verlangte, daß der bei einem Streik durch Kontraktbruch der Arbeiter verwirkte Lohn oder die Ration von der Hauptkasse bezahlt wird, da Verbandsvorsitzender Allmann dies vor dem Streik zugesagt habe. Verbandsvorsitzender Allmann hat dies bestritten; der Vorstand lehnte die Bezahlung ab, und der Ausschuss stimmte ihm zu. Würde man den Dresdnern Rechnung tragen, so würde das unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Die Folge würde sein, daß viele Kollegen Kontraktbrüche begehen, und der Verband eine Reihe Schadenersatzklagen bekommen würde.

In der Debatte nahm diese Dresdener Angelegenheit einen sehr breiten Raum ein. Die Mehrzahl der Rechner stellte sich auf den Standpunkt des Ausschusses. Im übrigen gaben die Delegierten ihrer Freisprechung über die Entwidlung des Verbandes in der Berichtsperiode Ausdruck. Sie erklärten sich im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Die Herausgabe einer fachwissenschaftlichen Zeitschrift wurde begrüßt. Die „Gleichheit“ soll aber den weiblichen Mitgliedern ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft geliefert werden. Sehr eingehend wurde auch in der Diskussion, die sich bis zum Abend hingog, die Stellung des Verbandes zu der Bäderhilfskassa in Dresden erörtert. Die Delegierten erklärten sich mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden. Der Dresdener Delegierte Straube meinte allerdings, es sei auf beiden Seiten gesündigt worden, es könne doch noch zu einer Einigung mit der Kasse kommen.

Das Ergebnis der Debatte war, daß die meisten der zum Geschäftsbericht gestellten Anträge abgelehnt wurden. Der Herausgabe einer fachwissenschaftlichen Zeitung wurde zugestimmt. Die „Gleichheit“ wird den weiblichen Mitgliedern in der bisherigen Weise geliefert. Der Dresdener Antrag, daß den freitenden Schularbeitern der Lohn, soweit er durch Kontraktbruch verwirkt wurde, auf Kosten der Hauptkasse ausbezahlt wird, wurde bis auf wenige Stimmen abgelehnt. Zustimmung fand eine Resolution, in der der Verbandstag sein Einverständnis mit den Maßnahmen des Verbandsvorsitzenden, die Errichtung der Marktkasse betreffend, erklärte. Die Vorgänge in der Dresdener Zuschuldkasse, die Art wie Unterstüzungsberechtigten wochen-, sogar teilweise monatlang auf ihre Unterstüzung warten mußten und noch müssen, während andere Berechtigte nach Art der in der Arbeiterpresse seit Jahren bekämpften Weise abgeschlossen worden seien, machte es dem Verbandstag zur Pflicht, alle Kollegen und Verbandsmitglieder vor der Kontraktbrüche- und Sierbekasse, sich Dresden, zu warnen. Dem Vorstand überweisen wurden Anträge auf Neuanstellung von Beamten.

Die Verhandlungen wurden sodann auf Dienstag vertagt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Im Wahlkreis Greifswald-Grimsen ist in der verfloßenen Berichtszeit leider kein Fortschritt zu verzeichnen gewesen. Obwohl die Kleinarbeit in noch stärkerer Maße geleistet wurde als im Jahre zuvor, ließ sich doch nicht verhindern, daß die Bewegung zurückging. Am 1. Juli 1912 zählte der Kreis 691 männliche und 83 weibliche Mitglieder und am 1. April 1913 waren nur noch 668 männliche und 84 weibliche Mitglieder vorhanden. „Volksbote“-Leser gab es am 1. Juli 1912: 320, dagegen am 1. April d. J. 315. Der Rückgang ist auf innere Zerwürfnisse in Parteikreisen zurückzuführen. Diese Differenzen machen eine Menge Sitzungen, große Geldausgaben und viel Arbeit notwendig und führen andererseits dazu, daß die Parteibewegung fast vorwärts zu schreiten, mehr und mehr zurückgeht. Der Stand der Finanzen war ziemlich zufriedenstellend.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Schaumburg-Lippe hielt am Sonntag in Stadthagen seine Generalversammlung ab. Der Verein hat in den neun Monaten des Geschäftsjahres 1912/13 seine Mitgliederzahl um 21 (15 männliche und 6 weibliche) auf 356 (darunter sind 25 weibliche) erhöht, trotzdem durch den verfloßenen Streik der Bergarbeiter fünf Ortsgruppen durch Wegregelung vieler Bergleute, zirka 300, vollständig eingegangen sind. Die Einnahmen betrugen inkl. 25,14 M. Kassenbestand 1052,59 M., die Ausgaben 703,08 M. Es verblieb ein Kassenbestand am 31. März von 289,56 M. 60 Versammlungen, darunter zwei mit naturwissenschaftlichen Vorträgen, fanden statt. 15 000 Flugblätter und Broschüren wurden verbreitet. In drei Gemeinden — Stadthagen, Riesenfeld und Steinhude — hat die Sozialdemokratie acht Vertreter, außerdem besitzt die Partei ein Landtagsmandat. Nach dem Bericht des Landtagsabgeordneten über die Tätigkeit des Landtages wurde die weitere Agitation beraten und verschiedene Beschlüsse dazu gefaßt.

Der dritte weimarische Reichstagswahlkreis hielt am Sonnabend und Sonntag seine Kreisgeneralversammlung in Jena ab. Aus dem Bericht des Sekretärs ist zu entnehmen, daß in diesem rein ländlichen Kreise die Mitgliederzahl von 3094 auf 3755 gestiegen ist. Jena weist allein 2500 Mitglieder auf. Der Kreis erstreckt sich auf 12 Städte und 324 Dörfer. In 26 Orten bestehen Ortsvereine. Die Mitglieder verteilen sich auf 66 Orte. Trotzdem bei der Reichstagswahl 1912 in fast allen Orten sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, hält es schwer, die ländliche Bevölkerung zu organisieren. Die Gerrissenheit der Thüringer Kleinstaat, die sich auch in diesem Kreise unliebsam bemerkbar macht, trägt mit dazu bei, die Organisierung der Wähler zu erschweren. Auch die Agitation leidet darunter. — In sechs Städten hat die Partei 29 und in drei Landgemeinden vier Vertreter. Bildungsausstände bestehen in sechs und Jugendausstände in sieben Orten. Die in der neuen Druckerlei in Jena seit dem 1. Januar erscheinende „Weimarische Volkszeitung“ fand allgemeine Anerkennung.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich.

In Zürich hielt am Sonntag unsere Partei einen außerordentlichen kantonalen Parteitag ab, um zu den beiden Proporzaktionen im Bunde und im Kantone Zürich Stellung zu nehmen. Der Parteitag beschloß nach orientierenden Referaten der Genossen Dr. Studer-Winterthur und Dr. Alois-Zürich ohne Debatte Zustimmung zur eidgenössischen Nationalrats- und zur kantonalen (Kantonrats-) Proporzinitiative und gleichzeitig, ebenfalls debattelos, die Erhebung eines Extrabeitrags von 50 St. von jedem Parteimitglied zur Verteilung der Kosten der beiden Aktionen. Die Situation erscheint für beide Aktionen so günstig und aussichtsreich, daß in der Tat mit dem endlichen Sieg der beiden Proporzinitiativen gerechnet werden kann.

Ein Mitglied der Pariser Kommune gestorben.

Aus Paris wird geschrieben: Im Pariser Hospital Bonicaud ist einer der wenigen Ueberlebenden des revolutionären Pariser Gemeinderats von 1871 gestorben: Camille Pierre Langevin. Er war von Beruf Metallendreher. 1868 gründete er die Gewerkschaft der Mechaniker, im Jahr darauf mit Parli den Verband der Pariser Arbeitervereine. Er war auch Gründer des Zirkels für soziale Studien, der der Internationale angehörte und wurde 1870 Korrespondent der Pariser Föderation der Internationale. Er wurde deshalb angeklagt und am 5. Juli zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. An den Erhebungen gegen die Regierung der nationalen Verteidigung am 31. Oktober und 22. Januar nahm er teil. Das Stadtviertel Baugirard wählte ihn in die Kommune, wo er zu der die Ideen der Internationale vertretenden Minorität gehörte. Er wurde am 21. April in die Justizkommission gewählt. In der blutigen Waimoche verlor er zu entkommen. Er lebte in Schiltgheim bei Stroßburg, wo er mit einem Kapital, das ihm ein reicher Elässer namens Götz zur Verfügung gestellt hatte, mit drei anderen Flüchtlingen, darunter seinem Kollegen in der Kommune Uriol eine mechanische Werkstatt errichtet hatte. 1878 wurde er jedoch ausgewiesen. Er ging nun nach England, wo er bis zur Amnestie blieb. Nach seiner Rückkehr gründete er in Vorbaug einen Konsumverein. Später wurde er Administrator des größten Pariser Konsumvereins, der „Vellevissoise“. Seit einigen Jahren war er Inhaber eines Holzpizes in Jiffy. Von der politischen Tätigkeit hatte er sich zurückgezogen. Er hat ein Alter von 70 Jahren erreicht. Am Montag ist er auf dem Père Lachaise begraben worden.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß nur noch vier Mitglieder der Pariser Kommune leben: Budy, Martelet, Baillant, der noch jugendlich-feurige Vorstreiter des französischen Sozialismus, und der nicht minder rüstige Delegierte des Justizwesens Brolet, der Tag für Tag mit eifrigem Fleiß auf der Rationalbibliothek arbeitet.

Personalien. Genosse Heinrich Dikreiter, der seit 1905 die Redaktion der „Altenburger Volkszeitung“ geleitet hat, scheidet am 1. Juli aus dieser Stellung, um die Leitung der Redaktion des „fränkischen Volksfreund“ in Würzburg zu übernehmen. Dadurch macht sich im zweiten Landtagswahlkreis von Sachsen-Altenburg eine Neuwahl nötig. Außerdem war Genosse Dikreiter Stadtverordneter.

Zum Parteisekretär in Danzig-Stadt und -Land wurde der Genosse Georg Leu, früher in Schwartau und Lübeck, gewählt.

Pölkzelliches, Gerichtliches usw.

Freiprozess.

Die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg hatte den christlichen Gewerkschaftssekretär Peter Geier wegen dessen Vorgehens der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften die gebührende Würdigung zuteil werden lassen. Geier ließ zum Rabi, und das Schöffengericht Augsburg beurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“, Genossen Simon, wegen formaler Beleidigung zu 10 M. Strafe. Geier legte gegen das Urteil wegen der geringen Höhe der Strafe Berufung ein. Das Landgericht erhöhte die Strafe auf 40 M.

Jugendbewegung.

Der abgebligte Jungdeutschlandbund.

Die Abneigung gegen den Jungdeutschlandbund bringt in immer weitere Kreise. Selbst in Körperschaften, die noch völlig sozialistischer sind, läßt man sich durch das Auftreten des Bundes angewidert. So hat in Sondershausen der Gemeinderat, dem nicht ein einziger Sozialdemokrat angehört, mit neun gegen eine Stimme abgelehnt, in einer von der Stadt zu erbauenden Turnhalle besondere Räume für den Jungdeutschlandbund zu reservieren. Diese Ablehnung ist um so interessanter, als die Stadt keine Kosten aufbringen, sondern nur den Grund und Boden hergeben sollte. Und die Begründung der Ablehnung? Der Jungdeutschlandbund sei zu annahm! Man dürfe keinen Vertrag mit einem Verein machen, dessen längeres Bestehen zweifelhaft sei! In zwei oder drei Jahren würde vielleicht niemand mehr an den Bund denken! Dieser Begründung können wir nur zustimmen.

Aus Industrie und Handel.

Die Dipe. Die ungewöhnliche Hitze ruft Befürchtungen mannigfacher Art wach. Die Landwirtschaft scheint sich schon seit Wochen nach kräftigen und längeren Regengüssen, die den Pflanzen unbedingt nötig sind. Das Lebensmittelgeschäft befürchtet, daß wieder wie im Jahre 1911 eine schnelle Vermehrung der Waren eintritt, die den Verkauf außerordentlich erschweren könnte. Auch die Feuerversicherung ist voll Besorgnis, denn eine Dauerhitze hat bekanntlich eine starke Vermehrung der Brandschäden zur Folge. Das Jahr 1911 zum Beispiel hat den Feuerversicherungen großen Schaden zugefügt, die Schadensziffer stieg zu einer Höhe, die bisher noch nicht erreicht worden war. Der läßle und verregnete Sommer des Jahres 1912 war dagegen günstig für die Feuerversicherungsgeellschaften. Auch die Wasserwerke können bei Fortdauer der Hitze in Bedrängnis kommen. Allerdings haben sie sich auf die Erfahrungen des Jahres 1911 hin für zukünftige starke Steigerungen des Wasserverbrauchs durch Ausbau ihrer Anlagen zu schämen gesucht. Immerhin können viele von diesen Werken in eine peinliche Lage kommen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin beantragt wird, bei der geplanten reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Dies soll derart geschehen, daß die öffentlichen Arbeiten möglichst in die geschäftstille Zeit und in die Perioden größerer Arbeitslosigkeit verlegt werden.

Das Land der Viehzüchter. In beispiellos erfolgreicher Weise hat die Bauernschaft Dänemarks den Uebergang von der Ackerwirtschaft zur Viehzucht vollzogen. Auf den unter dem Freihandelsystem nicht mehr recht rentierenden, für die Produktion von Getreide eingerichteten Gütern wird heute eine Viehzucht getrieben, die mit allen Mitteln der Wissenschaft arbeitet und große Gewinne erzielt. Die Bauern-Hochschulen des Landes sorgen für die notwendige Bildungsgrundlage dieser Wirtschaftsweise, während wohlorganisierte Verarbeitung- und Verkaufsgemeinschaften das wirtschaftliche Resultat verbessern.

Die sehr die Ergebnisse der Viehzucht die Gesamtwirtschaft Dänemarks beherrschen, zeigen sehr deutlich die Ziffern des Viehzucht-Handels. Es betrug 1912 die Ausfuhr von

Schwarzen von Tieren	430 842 000 Kronen
lebenden Tieren	55 418 000 „
Haaren, Knochen und anderen tierischen Stoffen	17 147 000 „
Ausfuhr von Erzeugnissen der Viehzucht insgesamt	503 407 000 Kronen
Das sind 85 Proz. der Gesamtausfuhr von 592 800 000 Kronen.	
An dem Posten „Waren von Tieren“ sind beteiligt:	
Butter	191 088 000 Kr. { 85 420 000 Kilogr.
Schweinefleisch	141 878 000 Kr. { 6 100 000 Kilogr. Fleisch
Fier	27 537 000 Kr. { 120 000 000 Kilogr. Speck
Sahne und Milch	22 803 000 Kr. { 15 900 000 Kilogr. Sahne
	27 500 000 Kilogr. Milch

Dänemark fährt im Eintausch für seine Erzeugnisse ein:

Rohwaren	116 815 000 Kronen
Futtermittel (hauptsächlich Getreide)	78 250 000
Düngemittel	17 357 000
Textilstoffe	94 248 000
Eisen- und Metallwaren	71 512 000
Minerale	60 889 000
Kolonialwaren	41 805 000
Holz	41 040 000

Gerade die Einfuhr läßt erkennen, wie ausschließlich sich die dänische Landwirtschaft mit der Herborbringung vegetabilischer Nahrungsmittel beschäftigt. Werden doch für 117 Millionen Kronen Rohwaren, meist unermahnen, eingeführt.

Diese Beschränkung ist für die dänische Volkswirtschaft recht vorteilhaft gewesen. Es hat sich nicht nur der Gesamtanzenhandel beträchtlich gehoben, sondern auch der bisherige Einfuhrüberschuß ganz bedeutend gesenkt. Es betrug im Jahresdurchschnitt:

Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß	
1906—09	569,5	423,4	146,1 Millionen Kronen
1910—12	643,7	539,9	103,8

Und das alles ohne den „Schutz der nationalen Arbeit“, der den Getreidebauenden Großgrundbesitz auf Kosten der Bauernwirtschaft fördert.

Soziales.

Selbstgeschaffene Gefahr?

Zu einer recht merkwürdigen Entscheidung gelangte das Reichsversicherungsamt in einer Unfallsache, die sich bei einer Kauferei während der Arbeit ereignet hatte.

In einer Fabrik zu Griesheim kamen zwei unorganisierte Arbeiter während der Arbeit in Streit, der zu einer kleinen Kauferei ausartete. Die beiden Kampfuhne hielten sich gegenseitig gepackt, wobei der eine über eine Schiene im Fabrikhofe stürzte und sich das rechte Bein brach. Die Berufsgenossenschaft der Gemischen Industrie weigerte sich die beanspruchte Unfallrente zu zahlen, weil kein Betriebsunfall, sondern die Folgen einer selbstgeschaffenen Gefahr vorliege. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung des Unfalls, weil die angestellten Ermittlungen ergeben hätten, daß wohl der Verletzte bei einer Kauferei zu Fall gekommen wäre, doch wäre dieser Sturz vermutlich ohne alle nachteiligen Folgen verlaufen, wenn der Kläger nicht, wie von der Beklagten zugestanden wird, auf ein im Arbeitsraume vorhandenes Schienengleise gestürzt wäre.

Da also die Entstehung oder die Schwere des Unfalls durch eine Einrichtung des Betriebes hervorgerufen oder doch jedenfalls wesentlich mitbedingt ist, so fällt der Unfall, wie auch das Reichsversicherungsamt bei derartigen unvorläufig beigegebenen Urteilungen annimmt, in den Rahmen des Betriebes und unterliegt der Entschädigungspflicht. Der Verletzte erhielt dann eine Rente von 30 Proz. Das Reichsversicherungsamt gab dem Refus der Berufsgenossenschaft statt und entzog dem Krüppel seine Unfallrente. Das Reichsversicherungsamt hatte erst noch einen Unfallzeugen eidlich vernehmen lassen. Dieser sagte folgendes aus: „Nach meiner Meinung kam L. nur durch die Schienen zu Fall. Die Schienen sind so in die Erde eingelassen, daß der Boden glatt und eben ist. Die Pflastersteine haben sich an der Unfallstelle gelöst, so daß L. an den Schienen hängen blieb, hängen bleiben mußte. Dies beweist auch der Umstand, daß an der Unfallstelle das Wasser stehen bleibt und sich ansammelt. Die übrigen Zeugen waren nicht direkt zugegen, viel zu weit entfernt, um den Vorgang genau zu beobachten. Ich habe in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle gearbeitet, den Vorgang genau beobachtet und bin dem Verletzten sofort zu Hilfe geeilt.“ Doch das Reichsversicherungsamt, dem auch bekannt war, daß es sich um ein sog. Feldbahngleise handelte, welches gewöhnlich über die Steine ragt, gab gar nichts auf die Aussage dieses wichtigen Zeugen, weil er ebensoviele wie die übrigen Zeugen gesehen habe, daß der Verletzte über die Schienen gestolpert oder an ihr hängen geblieben sei. „Hierzu kommt noch“, sagt das Gericht, „daß nach der Feststellung der Polizeibehörde die Schienen sich nicht über das Pflaster erheben, vielmehr in dasselbe eingebaut sind, so daß ein Straucheln ausgeschlossen ist. Aus demselben Grunde können sich auch nicht die Folgen des Sturzes schwerer gestaltet haben, als wenn der Kläger an einer anderen Stelle zu Fall gekommen wäre.“ Also mehr als die eidliche Aussage des Unfallzeugen, galt der Vermerk des preussischen Schutzmannes über die Beschaffenheit der Unfallstelle — lange Zeit nach dem Unfall.

Gerichts-Zeitung.

Bischof und Priester.

Eine Angelegenheit, die seit einer Reihe von Jahren die katholischen Kreise des Reichslandes in Spannung erhalten hat, kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Entscheidung. Wegen Verleumdung des Bischofs Benzler von Reg. sind am 3. Dezember 1912 vom Landgericht Straßburg (E.) der Privatgeistliche (Abbe) Karl Thilmont zu einem Monat Gefängnis und der Redakteur des Journal d'Alsace Lorraine, Luz, zu 400 M. Geldstrafe verurteilt worden.

In der am 1. November 1911 erschienenen Nummer des genannten Blattes erschien ein Artikel, dessen Ueberschrift in der Uebersetzung lautete: Ein Bischof, der sich in Schmähschriften ergeht. In diesem Artikel wurden eine Reihe schwerer Vorwürfe in beleidigender Form gegen den Bischof Benzler von Reg. erhoben. Der angegriffene Bischof hatte gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes, den Angeklagten Luz, Strafantrag gestellt. Da ein Strafantrag unteilbar ist, richtete sich derselbe auch gegen den ungenannten Verfasser, als welcher der Angeklagte Thilmont ermittelt wurde. Das Landgericht hat den Tatbestand der §§ 188 und 189 gegen beide Angeklagte für vorliegend erachtet. Die Verurteilung zu dem Konflikt von Bischof und Priester liegt eine Reihe von Jahren zurück. Als Thilmont 1893 Pfarrgeistlicher war, gründete er eine Anstalt, zu welcher er die nötigen Gelder meist durch Spenden zusammenbrachte. Im Jahre 1896 trat der damalige Bischof von Reg. Bened. und ein gewisser Wagner ihre Anteile an dem Anstaltskapital an den Angeklagten Thilmont ab, der sich nun als alleiniger Eigentümer der Anstalt ansah. Als nach dem Tode des Bischofs Bened. der jetzige Bischof Benzler an dessen Stelle getreten war, begann alsbald der Konflikt zwischen dem Angeklagten und dem Bischof. Der letztere verlangte eine Abrechnung über die für die Anstalt verwendeten Gelder, und Thilmont konnte oder wollte eine vollständige Abrechnung nicht geben. Im Mai 1902 verkaufte Thilmont die Anstalt für 212 000 M., wobei 64 000 M. für ihn selbst frei blieben. Die im Jahre 1906 gestellte Rechnung befriedigte den Bischof nicht, da sie unübersichtlich, unvollständig und widerspruchsvoll sei. Nun folgten eine Reihe von amtlichen Handlungen gegen den Angeklagten, unter denen sich auch die Suspension befand. Der Streit setzte sich weiter fort, und schließlich wurde der Bischof vom Schöffengericht in Diedenhofen wegen Verleumdung Thilmonts zu 20 M. Geldstrafe verurteilt; in der Berufungsinstanz wurde jedoch die Sache friedlich beigelegt. Später ist Thilmont einmal wegen Verleumdung des Bischofs zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Was die in dem jetzt infrimierten Artikel gegen den Bischof erhobenen Vorwürfe betrifft, so hat das Gericht angenommen, daß Thilmont subjektiv überzeugt gewesen sei, daß ihm Unrecht geschehen ist. Ferner meint das Gericht, daß der Angeklagte vom Bischof mit großer Strenge, vielleicht sogar mit Härte behandelt worden sei, so daß er im Laufe des elfjährigen Kampfes vielleicht gar nicht mehr fähig sei, die Handlungen des Gegners richtig zu beurteilen. Dies wurde bei der Strafmessung berücksichtigt. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein niederträchtiger Raufbold

sand gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I seine Sühne. Wegen Sachbeschädigung in zwei Fällen und Verleumdung

in sechs Fällen war der aus der Haft borgeführte Hausdiener Gustav Paris angeklagt. — Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte war vor einiger Zeit bei der Firma Warlag u. Z. angestellt gewesen. Er mußte, wie ihm dies auch schon in früheren Stellen ergangen war, schließlich entlassen werden, weil er mit seinen Arbeitskollegen fortwährend Streit anfangte und er im allgemeinen das war, was der Berliner mit dem schönen Wort „Stänker“ bezeichnet. Um sich für die nach seiner Meinung zu Unrecht erfolgte Entlassung zu rächen, ersuchte er eines Tages zu einer Zeit, als er nicht gleich entdeckt werden konnte, in der Fabrik und Schnitt familiäre Treibriebe in den durch, so daß eine längere Störung in dem Betriebe entstand. Außerdem zerstückte er eine Anzahl wertvoller Lederkoffer, so daß die Firma einen Schaden von circa 5000 Mark erlitt. Bei seiner Festnahme griff der Angeklagte die Schutzleute an und beschimpfte sie. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da es sich um einen recht gemeinen und niederträchtigen Raufbold handelte. Das Urteil lautete auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Lohnfälschungen?

Zur Zahlung von Schmiergeldern will der Ingenieur Paul Speck eine Summe von 25 000 M. verwendet haben, die er, wie die Anklage behauptet, unter Fälschung der Lohnbücher veruntreut haben soll. Unter der Anklage der Untreue bzw. Unterschlagung hatte sich S. gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten.

Der Angeklagte war als Generalvertreter der Asphaltwerke Emil Köhler in Leipzig tätig gewesen und bezog ein Gehalt inklusive Spesen von 7200 M. Vor einiger Zeit tauchte der Verdacht auf, daß S. bei den Abrechnungen mit den Leipziger Werken verschiedene fingierte Kosten aufzählte und das Geld in seine Tasche stecken lasse. Der ebenfalls bei der Firma angestellte Kaufmann Karl Hermelmann in Charlottenburg stellte darauf fest, daß der Angeklagte, insbesondere bei der Aufstellung der Lohnlisten, fingierte Beträge eingetragt hatte. Ferner hatte er verschiedene Beträge, die er für die Firma einlöslich hatte, nicht abgeliefert, u. a. ein größeres Darlehen, welches die Firma einem Beamten der Gemeinde Steglitz gegeben und dieser an Speck zurückgezahlt hatte. — Der Angeklagte gab die Manipulationen mit den Lohnbüchern auch zu und verpflichtete sich schriftlich, für die Summe von 25 000 M. persönlich zu haften. Einige Tage später wurde er verhaftet. Kurze Zeit darauf ließen bei der Firma Köhler in Leipzig anonyme Drohbriefe ein, in welchen mit „Entlassungen“ gedroht wurde, wenn die Firma nicht die Strafanzeige gegen Speck zurücknehme.

In der gestrigen Verhandlung gab der Angeklagte die unrichtige Fälschung der Lohnliste zu, er behauptete aber, daß er das hierdurch erlangte Geld im Interesse der Firma, nämlich zu Schmiergeldern, verwandt habe, die er an verschiedene Beamte und andere Personen gezahlt habe. Der Angeklagte hatte schon früher behauptet, daß er unter anderem mit einem Spandauer Stadtbaurat häufig inwiefern gegangen sei und große Beträge gemacht habe, damit die Firma-Köhler die Arbeiten an der Heerstraße erhalte. In der gestrigen Verhandlung behauptete er wiederum, daß dies nicht ein Stadtbaurat, sondern ein anderer Herr gewesen sei. Da sich der Angeklagte jedoch erbot, die Namen derjenigen Personen, an die er Schmiergelder gezahlt habe, zu nennen, befahl das Gericht die Sache zu vertagen und zu dem neuen Termin die noch anzugebenden Zeugen zu laden.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin wurde das Ergebnis der Urabstimmung über die Beitragsfrage bekanntgegeben: Es sind 5799 Stimmen für die Beibehaltung des Beitrags von 1,25 M. und 5382 Stimmen für die Herabsetzung auf 1,15 M. abgegeben worden. — Der Vorsitzende Glöde bemerkte dazu: Die Mehrheit habe sich also für Beibehaltung des bisherigen Beitrags entschieden. Aber da eine sehr große Kinderheit für Herabsetzung sei, so möge die Versammlung sich darüber aussprechen, ob der Wille der Mehrheit in diesem Falle Geltung haben solle. — In der Diskussion wurde abfällig bemerkt, daß auf den Stimmzetteln die Angabe des Namens und der Buchnummer des Abstimmenden vorgeschrieben war. — Demgegenüber wies Glöde darauf hin, daß diese Einrichtung nichts Neues sei und nicht von der Orderversammlung ausgehe. Das Schema der Stimmzettel sei vom Hauptvorstand vorgeschrieben. Seit 1902 seien alle Urabstimmungen mit Angabe des Namens und der Buchnummer vollzogen worden, ohne daß jemand Anstoß daran genommen habe. Wenn aber die Generalversammlung beschließen wolle, daß in Berlin künftig ohne Angabe von Namen und Buchnummer abgestimmt werden solle, so trete dem nichts entgegen.

Einige Anträge waren eingegangen, welche im Gegenjahre zur Urabstimmung eine Herabsetzung des Beitrags verlangten. Die Versammlung beschloß fast einstimmig, über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der Beschluß der Urabstimmung, es bei dem Beitrage von 1,25 M. zu belassen, bleibt also bestehen. — Ferner beschloß die Versammlung, daß bei künftigen Urabstimmungen Name und Buchnummer nicht mehr angegeben sind. — Wie mitgeteilt wurde, sind schon bei dieser Urabstimmung die Zettel ohne Namen und Buchnummer als gültig zugelassen worden.

Hierauf erfolgte die statutenmäßige Wahl der Hälfte der Orderversammlung. Einstimmig wurden wiedergewählt der erste Vorsitzende Glöde, der erste Kassierer Meise, der erste Schriftführer Leopold, die Beisitzer Graff und Grabe, der zweite Obmann der Schlichtungskommission Reiche. Wiedergewählt wurden auch die Revisoren König und Treiloff, sowie die Verbandsangehörigen Langhammer, Tomalski, Glöck, Werner und Meier. — Der durch Abgang Hildebrands freigewordene Posten wird ausgeschrieben. — Schließlich erfolgte noch die Wahl von zwei Beisitzern im Hauptvorstand durch Stimmzettel. Das Wahlergebnis war beim Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt am 2. Juni ihre Generalversammlung für das erste Quartal dieses Jahres ab. Aus dem gedruckt vorliegenden Kassensbericht ist zu ersehen, daß inklusive eines Kassendebittos von 121 910,80 M. die Hauptkasse eine Einnahme von 517 002 M. hatte. In Ausgaben hatte die Hauptkasse unter anderem: für Streit 58 993,10 M., Unterstützung an Arbeitslose 245 890,80 M., Unterstützung an Kranke 157 265,80 M., Umzugsunterstützung 1748,25 M., Reisegeld 4184,50 M., Gemahregelunterstützung 15 817,40 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 2110 M., Unterstützung an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 5720 M., Rechtschutz 8200,86 M.

Die Postkasse hatte inklusive eines Bestandes am Anfang des Quartals von 1 430 182,98 M. eine Gesamteinnahme von 1 677 886,42 M. Unter den Ausgaben von Lasten der Postkasse befinden sich unter anderem die Summen von: 50 502,85 M. für Streitunterstützung, 8397,70 M. für Unterstützung an Gemahregelte, 1008,95 M. für Unterstützung an Durchziehende, 1720 M. für Unterstützung in besonderen Notfällen. Die Postkasse wies am Schluß des ersten Quartals einen Kassendebitto von 1 520 474,88 M. auf. Nach Erledigung des Kassensberichts kamen mehrere Anträge zur Verhandlung, die sämtlich darauf hinausliefen, an Stelle der Zusammensetzung der Generalversammlung durch die Verbandsvertreter die Generalversammlung durch zu diesem Zweck gewählte Delegierte zu bilden. Nach längerer Diskussion wurden die Anträge mit offen gegen etwa 80 Stimmen abgelehnt, jedoch wurde weiter beschlossen, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, um zu prüfen, ob irgendwie ein Mangel in der jetzigen Zusammensetzung der Generalversammlung ist. Die Kommission soll bestehen aus 12 Mitgliedern, die in der Generalversammlung gewählt werden, und 3 Mitgliedern, die von der Orderversammlung gewählt werden.

Die Wahl der Vertreter der Generalversammlung wurde sofort vorgenommen.

Der Genosse Ernst Scharlau schreibt uns: Aus dem Versammlungsbericht des 5. Landtagswahlbezirks vom Sonntag, den 1. d. M., geht hervor, daß ich den Parteivorstand angeklagt habe, dem Genossen Fritz das Material gegen Genossen Vorhardt geliefert und ihn vorgeschoben zu haben. Tatsächlich habe ich in meinen Ausführungen nicht den gesamten Parteivorstand dessen angeklagt, sondern die Genossen, die an der Affäre Vorhardt beteiligt sind, und das lediglich, um hier Klarheit zu schaffen. Ich habe ferner den betreffenden Parteigenossen Vorwürfe gemacht, daß sie es nicht verhindert wird, daß diese Affäre zum Schaden der Partei ausarten konnte. Pflicht des Parteivorstandes wäre es gewesen, hier beizeiten einzugreifen.

Aus aller Welt.

Unwetter in Bayern.

Ein in der Nacht zum Dienstag niedergegangenes Unwetter hat in München ungeheuren Schaden angerichtet. Im westlichen Stadtteile fiel 20 Minuten lang der Hagel in höhnereigroßen Stücken. Die Wirkung war grauenvoll. Alle an der Wetterseite gelegenen Fensterscheiben wurden zerschmettert. Beschädigte Künstlerateliers sind zerstört. In der St. Hubertuskirche wurden die großen Fensterscheiben eingeschlagen. Alle Gemüse- und Obstgärten sind völlig vernichtet. Die Nacht der Hagellörner zerschmetterte auch die Gaslaternen und verlöschte das Licht, so daß auf weite Strecken tiefe Finsternis herrschte. Die Fenster der elektrischen Straßenbahn wurden gleichfalls zerschmettert. Der Einbruch der Wassermassen richtete in Kellern und den tiefer gelegenen Wohnungen katastrophalen Schaden an. Die Feuerwehr wurde wegen der zahllosen Wasserschäden andauernd um Hilfe angegangen. Mehr als zwei Stunden lang war der Feuer telegraph in ständiger Funktion. In Neu-Wittelsbach wurden Hagellörner in der Größe einer Kinderfaust aufgefunden.

Zeppelin kommt.

Die Pariser Blätter melden aus Nantes: Montagnachmittag wurde das Gerücht verbreitet, daß ein mit elf deutschen Offizieren besetzter Zeppelin bei Lunéville gelandet und von der Volksmenge, welche die Luftschiffer mißhandelt habe, zerstört worden sei. Unter der Bevölkerung von Nantes entstand eine große Panik. Die Kreditinstitute erhielten massenhaft Aufträge auf Rückzahlung der Einlagen. Erst nach einer Stunde erfuhr man, daß es sich um eine böswillige Fälschung handelte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet, um den Urheber des Dubensfisches zu ermitteln.

Sündenzoß.

Magistrat und Stadtverordnete der guten und frommen Stadt Reddinghausen haben eine Amnestieordnung erlassen, um der immer weiter um sich greifenden Sittenverderbnis Einhalt zu tun. Die Verordnung sieht nämlich für solche Films, die nicht sittlich einwandfrei sind, die doppelte Besteuerung vor. Wer also sündigen will, der soll wenigstens dafür bleichen. Sittlich-leitrichter ist der Reddinghauser Polizeikommissar Hoffmann. Das Verbot dieses genanten Gebanten geht auf, gebührt dem Stadtverordnetenvorsitzer der Zentrumsmehrheit, Rechtsanwalt Richter.

Kleine Notizen.

Nord und Selbstmord. Der 89 Jahre alte frühere Gastwirt Schlegel in Rühlrad (Warttemberg) schnitt seiner Frau mit einem Rasiermesser den Hals durch. Die Frau starb bald darauf infolge Verblutung. Schlegel ließ sich hierauf von einem Zuge überfahren.

Ein Gewittersturm hat in der spanischen Ortschaft Elizondo und Umgebung beträchtlichen Schaden verursacht. Mehrere Häuser sind zerstört worden. Die Zahl der verunglückten Personen soll erheblich sein; vier Tote sind bereits festgestellt worden.

Zwei Arbeiter erstickt. Am Montagabend erstickten in einem Betriebe der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigs-hafen bei der Reinigung eines Kessels die Arbeiter Ottweil und Schwarz wahrscheinlich durch Spiritusdämpfe.

Raubüberfall. Inweit Trzebinia an der schlesisch-galizischen Grenze wurde der Schichtmeister Sitwinski von drei Banditen im Walde überfallen und einer Summe von sechs-tausend Kronen beraubt. Die Räuber, anscheinend russische Ueberläufer, entkamen. Sie verloren auf der Flucht 1000 Kronen, die später gefunden wurden.

Ein Kardinal an religiösen Bahndiebstahl. Der Kardinal Vives-y-Tute, einer der Veräter des Papstes, ist seit kurzem religiösen Bahndiebstahl verfallen. Er wurde aus seiner Wohnung in ein Kloster gebracht.

Ein Dumaabgeordneter als Dieb. Ein vermögiger Diebstahl wurde auf einer kleinen russischen Eisenbahnstation verübt. Ein Individuum machte sich dabei, mehrere Eisenbahn-waggons abzuholen und fortzuführen. Der Dieb wurde aber bei seiner Arbeit überrascht und festgenommen. Als man ihn einem Verhör unterzog, stellte sich heraus, daß es der frühere konservative Dumaabgeordnete Malenkow war.

Ein neuer Höhenrekord mit Passagier. Der Aviationer Verreghon hat am Dienstag einen neuen Höhenrekord mit einem Passagier aufgestellt. Er stieg um 11 Uhr 1 Minute auf und landete um 12 Uhr 8 Minuten. Während seines Fluges erreichte er eine Höhe von 5100 Meter.

Die Suffragetten. In der Nacht zum Dienstag brannte bei Oxford ein Bootschuppen nieder. 60 von den dort untergebrachten Booten verbrannten. Unter den Trümmern fand man Plakate mit der Aufschrift: Stimmrecht für die Frauen.

Jugendveranstaltungen.

Realist. Am Mittwoch, den 4. Juni, findet bei Herrsch, Hermannstraße 49, eine Veranstaltung der Jugendaktion statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Jugendleiters Hermann über „Berufstagsgeschichten aus dem vorigen Jahrhundert.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — In jeder Jugendgruppe und eine jede Jugendgruppe über 18 Jahre sollte es sich zur Pflicht machen, zu erscheinen.

Lesen und Diskutieren „Ladé“. Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat: Sitzung bei Reichardt, Wäcker Str. 58. Vortrag, Wäcker willkommen.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Naukötlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Karl Kauffmann
verstorben ist.

Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Naukötliner Gemeinde-Friedhofes (Rindendöcker Weg) aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Orderversammlung.

Spezialarzt
L. Hans. Darm. Frauenleiden, neu. Schwäche. Geisteskrankheiten.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Banhofstr. 1.
Ehrer 19-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Sondarar möglich, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Essig-Messing- u. Römertank-Kell.
C. 25 Barlestr. 8a, Fernsp. Kg. 13706

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger-Laden, Charl. Wallstr. 60

Auto-Fahrerclubs

Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. 14gl., Teilg. gest.

Bäckereien, Konditor.

**Blotner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmsdorf.

Azma, Wilh., Uckermarkstr. 11.

Friedr. Barz, Landb. Allee 146

Paul Berger, Mirbachstr. 29

K. Biedermann, Grypplust. 18.

Paul Dolly, Märkischestr. 15.

Albert Denkwitz, Jähndstr. 14

Dellwa, Ferdinand Torollstr. 4

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Banischstr. 67.

E. Freyer, Nienstr. 7, E. Markus

Georg Geuz, Memelerstr. 20

B. Gessner, Petersburgerstr. 35

Thiliterstr. 71

Gumbler, R. Posenstr. 14.

Göring, Hugo Großwälderstr. 225

M. Gruschka, Königsbergerstr. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Hildorf.
Gegründet 1892.

Hoppe's Nudel-Kranz, Adalbertstr. 46

Max Kniffert, Landb. Allee 29.

Ernst Küster, Frankl. Allee 197.

Felix Kynast, Dänenstr. 5.

Ladenthin, O., Weg 54.

Emil Lieske, Grüner Weg 122.

Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42

Carl Lindenberg, Lyb. Allee 42

August Mante, Ebertstr. 57.

Hermann Markau, Nig. Str. 107

Matka, Gipsstr. 9.

E. Mertins, Reichenbergerstr. 169.

Mühlsteff, Spandau, Barnitzstr. 5

F. P. Müller, Grötkstr. 4.

Alfred Müller, Brunnenstr. 87.

Roman Nowak, Wienerstr. 5.

Friedrich Otto, Mad. Allee 10.

Paul Otto, Danzigerstr. 31.

Ernst Proell, Nollendamm.

Friedrich Probst, Andrasstr. 61

Bäckerei „Nordstern“

Inh.: Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft, Reichenbergerstr. 176

Admiralstr. 38 u. 19a

F. Rialoben, Samariterstr. 11.

Arthur Roemer, Koth. Damm 101

Walter Rohr, Anklamerstr. 24.

Max Sander, Dunkelstr. 23.

Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.

Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 5-6

Sikorski, Weissenhofstr. 11

R. Schade, P. Allee-St. 9 Fil. O. N. 11

Paul Sorge, Proskauerstr. 21

Rich. Schenk, Markus-

Str. 28.

F. Schnauer, Anklamerstr. 15.

Paul Schulz, Hufelandstr. 2

H. Spillmann, Grüner Weg 115.

F. Sygusch, Schön. Allee 150

Gustav Taspitz, Prinzen-Allee 61.

Carl Tennert, Schlesischerstr. 19.

F. Tiedemann, Boxh. Chaus. 47.

Filialen in allen Stadt-

teilen.

Turban

Josef Ulrich, Manteuffelstr. 103.

Volksbrot, E. G. m. b. H.

Otto Wagnitz, Müllerstr. 28

Ludwig Walker, Hufelandstr. 37.

Fritz Wahl, Koppenstr. 48

K. Walter Jr., Löwestr. 18

Hermann Wendt, Chorinerstr. 35

Fil. Ackerstr. 31

Clemens Welsch, Jablonkiestr. 1

Wilhelma, Brotfabrik

Andrasstr. 32.

Otto Winkler, Nannystr. 72.

E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badenanstalten

Arkon-Bad, Anklamer-Str. 24.

Bad Ostend, Landsbergerstr. 107

Gollwitzerstr. 41.

Bürgerbad, Weberstr. 40b

Amt Kg. 894.

Canitz-Bad, Münzstraße 2.

Central-Bad, Neukölln

Anzengruberstr. 25.

Münchener Bad, Neukölln

Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Ladeb. Allee 153

Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.

Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. a. 33.

Original Lohmann Bad

früher Mänzel, Wallstr. 707f.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Boxhag-Str. 17

Passage-Bad, Kottbuser-

Damm 72.

Reform-Bad, Wiener Str. 62.

Silesia-Bad, m. m. m.

Schlesische Str. 31.

Viktoria-Bad

Kottbuser Damm 75

Friedrich-Wilhelm-Bad

Chausseest. 97.

Sandagen, Gummlw.

R. Hauke, Stralauer Str. 56.

Berkholz, Köpenickerstr. 70.

Lange, A. E., Brunnenstr. 187.

Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 30.

Meyer, P., Skilla, Berlinerstr. 49-50

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Reiche, A., Seydelstraße 18.
Lief. aller Kassen

Belaucht-Gegenst.

Böttner, A., Danzigerstr. 94.

Drogen u. Farben

Reinh. Asmus, Geroltestr. 10.

Gustav Borsig, Weidenweg 80.

Brunnenstr. 108 u. 157

Knesebeck-Drog., Hermannstr. 119.

Krönings-Adler-Drogerie, Kanlerstr. 7.

P. Lehrke, Kottbuserstr. 91-92, Parf. u. Kosm.

Alfr. Marack, Cohnstr. 37.

Rathaus-Drogerie, Skilla, Neust. 24.

Hermannstr. 57, Neukölln

G. R. Prouzel.

Prinzenstr. 103, Alfred

Hoffmann

Fr. Schussnuss, Liebaustr. 22.

Hugo Schultz, Müllerstr. 106 a.

Hyg. Gummlw., Photogr.-Artikel.

Palisadenstr. 45, Drogerie

Karl Seidel.

Überblickswide Wilhelmstr. 48

Erlich Praus

Drogen, hyg. Gummlw., Seifen billigst.

Werder-Drogerie, Brühl, Ledowstr. 52

Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50.

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Essig-Kasseb. 104

Bullnaki, Fährleierstr. 1, E. Schick

Carl Henze, Andrasstr. 55, Reibguss

Max Schöne, Landsberger Allee 49

reell und billig.

Beerdig.-Anst. Sargm.

Bredlow, Fehrbellnerstr. 16

Wiertheim, Neukölln, Ringstr. 12.

Otto Böttner, Neukölln, Ringstr. 12.

H. Fischer, Köpenick, Hohensollernpl. 11

Beckow, A. K. K. K. K.

Max Fuchs, Oppelnerstr. 1

Frankfurter-Allee 170

Hansich, Weissenhofstr. 191

Hiebel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermeyer, Strellitzerstr. 4

Peter-Schley, Wilh., Joesenstr. 11.

Berufsbekleidung

Kelner, Otto, Gerichtstraße 86.

Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 104

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeling u. A. Hoffmann

Akt.-Brauerei Potsdam, Big. Niederl.

Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15

Brandenburg, E. Wilhelmstr. 110

Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee, T. I. Lager-

u. Malzerei

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbier.

Brauerei Tivoli, Weiß- u. Malz-

Bier-Brauerei, Fruchtstr. 77

Weissbier - Caramelbier

Brauerei E. Willner

Pankow.

Groterjans

Malzbier, Schick-Allee 118, T. III, 10401.

C. Habels Brauerei

heil - Habelbräu - dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 139 d.

Unser Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Bräuhaus Berlin

Löwen-Brauerei

vorzügliche Fass- und Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei

Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,

Palisadenstr. 97, Tel.-A. VII, 2624.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.

Blumen-Flaschen-Zeichner

E. Bugar, Rixd., Kais. Friedr. Str. 14, Bergpl. 58

O. Hahn, S. Tegelt, Albrechtstr. 101

F. Müller, Danzigerstr. 27.

Gärtner, A. G. Meißner, Skilla, Ringstr. 11

W. Rutschke, Skilla, Hermannstr. 62

Topfpflanzen aller Art

Brig, Rudowstr. 99/101, Skilla 134

Zastrow, H. Turinerstr. 24.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

35 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen, Carl

Davidsohn

Danne, Karl Chorinerstr. 36.

Gebrüder Groh

40 Filialen

in Berlin und Vororten

August Holtz, 15 Detail-

Geschäfte.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Nussbutter, Margarine,

täglich frisch.

Richard Reck, Neue Königstr. 19 a

Wilh. Pleß, Butterprobldg.

Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 40

(Backstube) Fernsp. A. Nord 2837

Schulz, Arth. Skilla, Hermannstr. 65

Gust. Schultze & Sohn

Kosmalla, E., 4 Detail-

Geschäfte

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Melereien

48 Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 57.

Althaus, Kristor-Bad, Ledowstr. 16.

STOLWERCK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

in drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind

einander gleichwertig und

unterscheiden sich, wie die

deutschen Edelweine, nur durch

ihre Aromen.

Cyliax, G., Filialen Lall

Städtchen.

Ferd. Hahn, Berlin, Fehrbellnerstr. 73

Seiffert, E., Filial. in Berlin

u. Vororten

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79.

Ritterstr. 77, Almiralstr. 3, Dresdenerstr. 14

Flugblattverbreitung am Freitag, den 6. Juni, in Groß-Berlin.

Die Flugblattverbreitung im fünften Kreise findet erst später statt.

Mord in Lichtenberg.

Eine schauerliche Entdeckung machte gestern vormittag der Wirt des Hauses Blumentalstr. 38 zu Lichtenberg auf seinem Grundstück. In einer von ihm gemieteten Stube im zweiten Stock fand er deren Inhaberin, die am 30. November 1879 zu Berlin geborene frühere Stütze Margarete Gröffe ermordet im Bett liegen.

Es werden hierzu folgende Einzelheiten gemeldet: Die ehemalige Stütze bewohnte ihre Stube seit einem halben Jahre. Sie erhielt wiederholt den Besuch eines Mannes, mit dem sie auch Arm in Arm ausging. Die Leute glaubten erst, es sei ihr Ehemann, später aber wurde bekannt, daß es ihr Liebhaber war. Mehrere Auftritte veranlaßten den Hauswirt, der Mieterin die Stube zu kündigen. Sie sollte am Montag ziehen, hatte sich aber schon seit Freitag voriger Woche nicht mehr sehen lassen. Das fiel jedoch nicht weiter auf, und es kümmerte sich auch niemand darum, daß ebenso wie feinerzeit bei der Witwe Hoffmann in der Blumentalstraße zu Berlin, die Zeitungen vor der Tür liegen blieben. Zwei Mieter, die an demselben Korridor wohnen, nahmen zuletzt einen unangenehmen Geruch wahr, dachten sich aber auch dabei noch nichts weiter. Der geringe Hausrat in der vom Flur zugänglichen ziemlich großen zweifelhafte Stube, eine Kochmaschine, ein Bett, ein Tisch, ein Säckchen und ein paar Stühle, waren noch da. Der Wirt, der die Stube zum Wiedervermieten angezeigt hatte, besah einen Schlüssel, um den Mietschlüssel die schon in der vorigen Woche kamen, den Raum auch selbst zeigen zu können, wenn die alte Mieterin nicht zu Hause war. Er fand auch nach dem Freitag alles in Ordnung. Das Bett war sauber zurecht gemacht. Ueber der Decke lag sorgfältig ausgebreitet die weiße Schutzdecke. Man mußte annehmen, daß es nach der letzten Vermutung gehörig gemacht worden war. So dachte auch der Wirt. Als er jedoch gestern morgen um 9 1/2 Uhr die Stube wieder betrat, um mit einem Mietschlüssel, mit dem er bisher nicht einig geworden war, abzuschließen, fiel ihm ein starker unangenehmer Geruch auf. Das veranlaßte ihn, jetzt die Bettdecke zurückzuschlagen, und zu seinem Schrecken sah er nun seine bisherige Mieterin entleidet und mit einem Strich um den Hals tot im Bette liegen. Die Leiche lag auf der Seite und war schon stark verwest.

Der Hauswirt benachrichtigte unverzüglich die Polizei, und mit dem Reviervorstand Polizeileutnant Kronewitz erschien vom Lichtenberger Polizeipräsidium alsbald Regierungsrat Gaebel mit dem Kriminalkommissar Behrauch und mehreren Beamten. Die Vernehmung der Hausgenossen und anderer Leute ergab, daß Fräulein Gröffe noch am Freitag voriger Woche den Besuch ihres Liebhabers gehabt hatte. Das ist nach den bisherigen Feststellungen ein Fensterputzer, der sich ihr gegenüber aber für einen Beamten ausgegeben und ihr verschwiegen hatte, daß er verheiratet ist. Gleichzeitig mit diesem Manne erschien dessen Ehefrau, die aber nicht in die Wohnung der früheren Stütze kam, sondern vor dem Hause und vor der Tür einen lärmenden Auftritt machte. Sie erzählte den Hausbewohnern und anderen, die vorbeikamen, daß „diese Person da oben“ sie um ihren Mann gebracht habe und, daß er sie mittellos sitzen lasse, seitdem er das Weib kenne. Die Leute erinnerten sich auch noch, daß noch vor dem Weggang der aufgeregten Frau der Liebhaber der Stütze das Haus verlassen hatte. Er hatte seiner Ehefrau, die vor der Tür mit noch zwei anderen Frauen sprach, ein häßliches Schimpfwort zugerufen und war ihr ausgepfändelt, und war hierauf davongegangen. Seitdem hat man ihn im Hause nicht mehr gesehen. Auf seine Ermittlung wurde alsbald eine Belohnung von 1000 M. ausgeschrieben und ein Heer von Beamten wurde entsandt, um ihn zu suchen. An den Nachforschungen beteiligte sich auch die Berliner Kriminalpolizei, von der Kommissar Flieger und der Chemiker Dr. Weining nach dem Tatort entsandt wurden. Dort erschien außer dem Staatsanwalt Schönrock vom Landgericht III auch der Gerichtsarzt Dr. Strach, der bei der vorläufigen Besichtigung der Leiche feststellte, daß die um den Hals gelegte Schnur zur Erdrückung des Mädchens scharf angezogen worden ist. An der Tür der Stube wurde ein Brief ohne Unterschrift gefunden, den Kriminalpolizei und Staatsanwalt beschlagnahmten.

Nachdem der Erkennungsdienst die Stube der Ermordeten und die Leiche fotografiert hatte, wurde diese um 2 Uhr nachmittags nach dem Lichtenberger Schauhaufe gebracht. Jetzt durchsuchte die Kriminalpolizei die Behausung und die Einrichtung noch einmal, um festzustellen, was etwa fehlen könnte. Es ergab sich, daß noch kleinere Summen haren Geldes, ein goldenes Medaillon mit Kette und anderer Schmuck vorhanden waren. Dares Geld und Schmuckstücken werden demnach kann geraubt worden sein.

Inzwischen ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Person des mutmaßlichen Mörders festzustellen. Nach der ganzen Sachlage war von vornherein anzunehmen, daß der Geliebte des Fräulein Gröffe, der angebliche Beamte, in Wirklichkeit Fensterputzer, der Täter sein mußte. Das ist nun durch die weiteren Ermittlungen zur Gewissheit geworden. Der Täter ist der am 4. Juni 1878 zu Giesleben geborene Fensterputzer Friedrich Weichenborn, der zuerst mit seiner Frau und seinem 12 Jahre alten Sohne in der Kleinen Alexanderstraße 16 zu ebener Erde am Hof eine Kochstube bewohnte. Weichenborn nannte sich früher auch Schriftsteller. Eine Zeitung unterhielt er dann seine Frau bei einem Handel, den sie an einem Marktstand betrieb. Zuletzt war er Fensterputzer. Er arbeitete aber nie ernsthaft und tat fast gar nichts mehr, nachdem er vor 2 1/2 Jahren mit Margarete Gröffe, die damals noch Stütze oder Wirtschaftlerin war, ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte. Ohne Zweifel hat ihn dieses Mädchen auch mit Geld unterstützt. Obwohl sich Weichenborn infolge seiner Beziehungen zu dem Mädchen mit seiner Frau ganz überworfen hatte, so erschien er doch noch oft in ihrer Wohnung, aber fast nur am Tage, nachts sehr selten. Seine Geliebte mietete er nach den bisherigen Ermittlungen zunächst in der Barnimstraße ein. Infolge der Auftritte, die seine Frau dort machte, mußte sie diese Wohnung räumen und zog dann nach der Vordelebenstraße. Dort ging es ebenso. Daß ihr jetzt die Wohnung in der Blumentalstraße aus dem gleichen Grunde auch wieder gekündigt wurde, segten wir schon. Eine neue Wohnung hatte das Pärchen in der Stralunder Straße 30 gemietet. Wie eine in der Wohnung aufgefundenene Cuntung auswich, hatte es dort auch die Mietschlüssel für den Juni bereits bezahlt. Am Freitag vormittag waren Weichenborn und seine Geliebte noch in der neuen Wohnung. Sie gingen von dort Arm in Arm weg. Abends gab es dann in der Blumentalstraße wieder einen heftigen

Austritt in der Stube. Nach allem, was die Hausgenossen überall hörten, hat Weichenborn seine Geliebte wiederholt geprügelt. Seine Bemühnisse mit ihr sind vielleicht auf Eifersucht zurückzuführen. Denn aufgefundenen Postkarten beweisen, daß sich wiederholt Männer, die mit den verschiedensten Vornamen unterschrieben, bei der ehemaligen Stütze zum Kaffee eingeladen haben. Es mag auch sein, daß ihm die Geliebte nicht so viel Geld geben wollte als er verlangte. Im übrigen fesselte ihn das Mädchen so, daß er an seine Familie nicht mehr dachte. Die als sehr fleißig geschilderte Frau war deshalb auch gezwungen, ihren Handel aufzugeben und ernährte sich seitdem als Arbeiterin einer Fußfedernfabrik in der Lothringer Straße. Von dort kam sie gestern nach Feierabend ahnungslos nach Hause. Sie wußte noch nichts von dem Morde. Kriminalbeamte, die die Wohnung beobachtet hatten, nahmen sie gleich zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium in Lichtenberg mit. Wie sie hierbei angab, hat sich ihr Mann seit Freitag abend in der Wohnung nicht mehr sehen lassen, bis er gestern früh um 6 Uhr dort plötzlich erschien. Er war jetzt etwas niedergedrückt. Als ihm die Frau wegen seines kühnen Lebenswandels Vorwürfe machte, erwiderte er: Du brauchst Dich jetzt nicht mehr aufzuregen. Die Sache in der Blumentalstraße ist jetzt erledigt. Die dort ist schon ein paar Tage tot. Wenn Du in der Zeitung liest, daß sie tot ist, dann wirst Du ja wissen, was los ist, ich gehe jetzt und schreie mich tot. Die Frau, die an ein Verbrechen gar nicht dachte, sah ihn groß an und meinte: Du brauchst Dich doch nicht totzuschicken, weil die gestorben ist. Er aber ließ sich nicht weiter aus und ging noch etwa einer Stunde wieder weg, nachdem er noch ein wenig Geld an sich genommen hatte. Wo Weichenborn nun seit dem Freitag abend die ganze Zeit über gewesen ist, davon sagte er nichts. Seine Frau hat auch keine Ahnung davon. Sie glaubt aber, daß er jetzt seine Ankündigung, sich das Leben zu nehmen, wahr machen werde. Obwohl das nicht ausgeschlossen ist, so hat die Kriminalpolizei doch sofort umfassende Maßnahmen zu seiner Ergreifung getroffen. Nebenall dorthin, wo er sich jemals aufgehalten hat, auch nach Halle usw., wo Weichenborn sich auch vorübergehend aufgehalten hatte, hat sie telegraphische Ausschreibungen zu seiner Ermittlung erlassen. Was der Beweggrund zu dem Verbrechen gewesen sein mag, läßt sich noch nicht bestimmen sagen. Vielleicht ist es die Eifersucht gewesen.

Die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Leiche der Ermordeten wird im Laufe des heutigen Tages obduziert werden.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland

findet am Sonntag, den 8. Juni, vormittags 10 Uhr, zu Potsdam im Lokale „Friedrichsgarten“, Alte Luisenstr. 37, statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Kommissionen.
3. Stellungnahme zu der am 10. August 1913 zu Frankfurt a. D. stattfindenden Provinzialkonferenz sowie Wahl von sechs Delegierten.
4. a) Der diesjährige Parteitag in Jena. Referent: Dr. Liebke.
b) Wahl von zwei Delegierten.
5. Die Landarbeiterfrage im Kreise. Referent: Genosse Georg Schmidt-Berlin.
6. Sonstige Anträge.
7. Wahl des Kreisvorstandes, der Revisoren, der Obleute der Kommissionen, der Preßkommissionsmitglieder.
8. Wahl des Ortes der nächsten Kreisgeneralversammlung.

Berliner Nachrichten.

Raffierte Wahlmannsmandate.

Der gestrige Wahlakt zur Landtagswahl in Berlin wurde von den Wahlkommissionen mit der Mitteilung eröffnet, daß in verschiedenen Bezirken eine Anzahl Wahlmannswahlen hätte für ungültig erklärt werden müssen. Die Gründe für diesen Beschluß sind verschiedener Art. In manchen Fällen hätte Stichwahl stattfinden müssen, wo bei Stimmengleichheit das Los entschieden hätte. In einem Falle wurde die Wahl der fünf Wahlmänner eines Urwahlbezirks für ungültig erklärt, weil der Protokollführer vergessen hatte, die Unterschrift unter das Wahlprotokoll zu setzen. In manchen Fällen wurde die Wahl der Wahlmänner ganzer Urwahlbezirke deswegen raffiert, weil unter dem Wahlvorstand ein Mitglied sich befunden hatte, das nicht in dem betreffenden Urwahlbezirk wohnte. In einem Urwahlbezirk in der Marienburger Straße (8. Landtagswahlbezirk) wurde die Wahl von sechs sozialdemokratischen Wahlmännern für ungültig erachtet, weil ein Nichtwähler dem Wahlvorstande als Beisitzer angehörte.

Nach dem Wahlgeseh wird für jeden Urwahlbezirk ein Wahlvorstand gebildet. Die Beisitzer und der Protokollführer werden aus der Zahl der Urwähler der Urwahlbezirke ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den Wählerabteilungen von dem Wahlvorsteher ernannt. Der Magistrat hat also die Pflicht, die Wahlvorsteher auf diesen Umständen aufmerksam zu machen. Unseres Wissens ist das auch geschehen. Wenn Wahlvorsteher trotzdem gegen diese Bestimmungen verstoßen haben, so kann das nur darauf zurückzuführen sein, daß die bestellten Wahlvorsteher sich mit der Materie nicht recht vertraut gemacht haben. Andererseits liegt auch die Gefahr nahe, daß ein Wahlvorsteher aus politischen Gründen durch die unzulässige Bestellung eines nicht im Bezirke wohnenden Beisitzers oder eines Nichtwählerberechtigten, es vollkommen in der Hand hat, die Wahl von Wahlmännern herbeizuführen, die bei der Abgeordnetenwahl für ungültig erklärt werden. Eine solche Annahme ist zwar ungeheuerlich, aber möglich. In Landtagswahlbezirken, in denen das Stimmenverhältnis der Parteien wenig von einander abweicht, kann die Ungültigkeitserklärung einer Anzahl solcher Wahlen einen direkten Einfluß auf das Endergebnis der Wahl herbeizuführen.

Beleuchtet auch der komplizierte Wahlakt die ganze Unsumigkeit des elenden Dreiklassenwahlrechts, so muß doch dafür gesorgt werden, daß Wahlvorsteher ernannt werden, die einen korrekten, einwandfreien Wahlgang der Wahlmännerwahlen verbürgen.

Ausgebeutetes Glend.

Wer kennt sie nicht, die armen Teufel, die musizierend von Haus zu Haus, Hof zu Hof ziehen. Unter diesem fahrenden Volk bilden die Drehorgelspieler eine Gruppe für sich. Teils verkrüppelt, teils gelähmt, ist der größte Teil der Leiermänner auf die Hilfe der Gemeinde angewiesen. Aber diese Hilfe ist nur eine unvollkommene, zum Leben reicht sie nicht im entferntesten hin. Da müssen Mittel und Wege gesucht werden, um das Einkommen in etwas anzubessern. Das geschieht durch den Appell an das Mitleid der Mitmenschen. Als Mittel hierzu wählt der arme Krüppel die Drehorgel. Dabei erwachsen aber dem Drehorgelspieler viele Schwierigkeiten. Zunächst hat er die Abneigung vieler Hauswirte und Hausverwalter zu überwinden, und an zahlreichen Eingängen zu den Häfen ist das ominöse Schild zu lesen: Musikanten verboten! Hat der Leiermann Zutritt zum Hofe erlangt, muß er geduldig warten, bis sich da oder dort ein Fenster öffnet und eine mitleidige Seele ihm einen Sechser zuwirft. Dabei ahnt der Gebende oft gar nicht, in welcher Weise auch der Drehorgelspieler ausgebeutet wird. In den wenigsten Fällen ist der Leiermann Eigentümer des Instruments; in der Mehrzahl der Fälle ist die Drehorgel geliehen. Es gibt in Berlin eine Reihe Unternehmer, die das Drehorgelverleihen als Geschäft betreiben. Der Drehorgelspieler muß an seinen Verleiher eine Leihgebühr von 4 M. pro Woche entrichten. Man bedenke, was dazu gehört, diese 4 M. wöchentliche Pacht zusammenzuleiern! Es kommt vor, daß bei schlechtem Wetter oder bei Krankheit der Drehorgelspieler diese 4 M. Pacht in der Woche nicht zusammenbekommt. Der Leiermann kann dann nicht zahlen und der Verleiher holt ihm in diesem Falle das Instrument wieder weg. Zahlt der Orgelspieler regelmäßig, so ist es gut. Der Unternehmer nimmt wöchentlich die 4 M., bleibt aber immer Eigentümer des Instruments; nie wird der Leiermann in den Besitz der Orgel kommen. Die Verpächter sind eben sehr menschenfreundliche Leute; sie verstehen es, das Glend sich nutzbar zu machen. Kein Unternehmer kann es wagen, seine Kunden so auszubeuten, wie die Drehorgelverleiher mit den Drehorgelspielern sich das zu erlauben wagen. Der Drehorgelspieler ist arm, er darf nicht müden, muß sich ständig ducken, auch dem Verleiher gegenüber. Trotzdem haben es doch einige gewagt, gegen die hier geschilderte ungeheure Ausbeutung ein Wort zu sagen. Eine Verammlung der Drehorgelspieler wurde zuwege gebracht, und in derselben wurde lauter Protest gegen die Ausbeutung erhoben.

Und was war die Antwort der Orgelverleiher? Die Aussperrung der Wortführer! Wie der Großkapitalist die ihm nicht willfährigen Arbeiter maßregelt, wenn sie ohne genügende Organisation ihre Rechte fordern, so sperren die Drehorgelverleiher durch Entziehung der geliehenen Orgel die armen Leiermänner aus, die nur verlangen, weniger stark als bisher ausgebeutet zu werden. Der mühselige Gewinn war in Gefahr, da mußte ein Exempel statuiert werden. Die Orgelverleiher können sich den schlimmsten Scharfmachern getrost an die Seite stellen, sie können die Konkurrenz ruhig aushalten. Mit welcher brutalen Offenheit die Drehorgelverleiher ihr Ausbeutungsrecht verteidigen, geht aus einer Erklärung hervor, die sie kürzlich in einer hiesigen Zeitung zum Zwecke der Abwehr veröffentlichten. Dort heißt es u. a.:

„Wenn wir heute in einem Hause 25 oder 30 Jahre wohnen, so haben wir noch lange kein Anrecht auf das Haus, ebenso wie der Spieler auch auf die Orgel kein Eigentumsrecht erwerben kann.“ Hier haben wir den Drehorgelverleiher, wie er leidet und lebt. Er hält es aber für sein verbrieftes Recht, den Leiermann in einer Weise auszubeuten, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Menschenfreundliche Unternehmer!

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Mai nächstigen: Im Männerasyl 15 231 Personen, wovon 8192 badeten; im Frauenasyl 2476 Personen, wovon 708 badeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer und Frauen: Wiesenstr. 55/59.

Sommerhize und Kindersterben.

Der Einfluß der Sommerhize auf die Höhe der Kindersterblichkeit ist bekannt. Er wird alljährlich aufs neue dargelegt durch die Beobachtung, daß in den wärmeren Monaten die Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres sich ganz außerordentlich mehren. In einer Zweimillionenstadt wie Berlin, kam in einem ungewöhnlich heißen Jahr die Zahl der Säuglingssterbefälle um 1000—2000 höher als in einem ungewöhnlich kühlen Jahre sein. Wenn etwa dieses Jahr 1913 uns ähnlich schlimme Hitzeperioden bringen sollte, wie das Jahr 1911, dann haben wir leider uns wieder auf eine beträchtliche Zunahme der Säuglingssterblichkeit gefaßt zu machen.

Wie sehr unter dem Einfluß der Bitterung die Säuglingssterblichkeit zu- oder abnimmt, das haben besonders die beiden aufeinander folgenden Jahre 1911 und 1912 gezeigt. Nachdem in Berlin die Säuglingssterblichkeit eine Reihe von Jahren hindurch im Rückgang gewesen war, brachte das Jahr 1911 plötzlich eine erneute und bedeutende Steigerung, auf die dann in dem ungewöhnlich kühlen Jahre 1912 wieder ein Rückgang folgte. In den fünf Jahren 1908—1912 hatte Berlin 49 206, 45 958, 44 187, 43 199, 42 502 Lebendgeburt und 8230, 7187, 6986, 7492, 6081 Säuglingssterbefälle. Die Geburten haben, wie ja oft gezeigt worden ist und für das letzte Jahr fünf aus diesen Zahlen aufs neue ersichtlich wird, sich sehr stark vermindert. Vermindert haben sich in demselben Jahr fünf, was hiernach ohne weiteres begreiflich scheint, auch die Säuglingssterbefälle, doch mit augenfälliger Ausnahme des Jahres 1911, in dem die Sterbeziffer der Säuglinge wieder eine jähe Aufwärtsbewegung gemacht hat. Das einfache Verfahren einer Jahr für Jahr durchgeführten Vergleichung der Zahl der Säuglingssterbefälle mit der Zahl der Lebendgeburt gibt kein ganz zuverlässiges Bild, es kann aber andeuten, eine annähernd richtige Vorstellung zu gewähren. Die fünf Jahre 1908—1912 hatten gegenüber je 1000 Lebendgeburt jedes Jahres 168, 156, 157, 178, 142 Säuglingssterbefälle. Für die Höhe der Ergebnisse von 1911 und von 1912, deren Ungleichheit hier hervortritt, haben die heißesten Monate

den Ausschlag gegeben. In 1911 starben im Juli 704, im August 1948, im September 894 Säuglinge, das ergibt zusammen 2844 Sterbefälle von Säuglingen in diesen drei Monaten. Dagegen kam es in 1912 nur im Juli und August zu einer Mehrung der Säuglingssterbefälle, die sich überdies in mäßigen Grenzen hielt. Es starben im Juli 638, im August 651 Säuglinge. Im Jahre 1911 war schon in den Monaten April, Mai, Juni die Säuglingssterblichkeit zu einer Höhe gestiegen, die von derjenigen der Monate Juli und August des Jahres 1912 nicht sehr übertroffen wurde.

Das in den heißen Monaten immer wieder auftretende Massensterben der Kinder ist keineswegs eines von jenen Uebeln, die man als unvermeidlich hinnehmen muß. Es sind fast nur die Kinder aus der unermittelten Bevölkerung, die den Schädigungen der Sommerhitze erliegen. Den Wohlhabenden gelingt es zumeist, von ihren Kindern diese Gefahr durch eine zweckmäßige Pflege abzuwenden. Die Möglichkeit einer zweckmäßigen Pflege des Proletariatskindes wird beeinträchtigt durch die Wohnungsverhältnisse der Unbemittelten, durch die Erwerbsarbeit der Mütter, zum Teil auch durch Unkenntnis des Zweckmäßigen. Die sommerliche Steigerung der Säuglingssterblichkeit ist das naturgemäße Ergebnis der Unzulänglichkeit der Lebensbedingungen des Proletariatskindes, des Notgedrungenen Mangels an bewahrenden Schutzmaßnahmen, die dem Bürger Tod den Zutritt wehren könnten. Unvermeidlich ist das Massensterben der Kinder nur dann, wenn die sozialen Zustände fortbauern, unter denen zu leben die arbeitende Klasse durch den Kapitalismus gezwungen wird.

Ein Notbehelf, aber nur ein solcher, sind im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit die Säuglingsfürsorgestellen. Auf sie wieder hinzuweisen, ist vielleicht in diesen Tagen der vorzeitig eingetretenen Sommerhitze wünschenswert. Es versteht sich aber von selber, daß auch zu jeder anderen Jahreszeit den Müttern kränklicher oder schwächlicher Säuglinge der Besuch dieser Fürsorgestellen dringend zu empfehlen ist. Berlin unterhält jetzt folgende sieben Fürsorgestellen: I. Blumenstraße 97, für Stadtbezirke 1-10, 145-166, 168-188, 189 a, b, c, e, 190 b, c, e, f, 195-201; II. Ulfasser Straße 27, für Stadtbezirke 11-14, 202-218, 220-234, 244-245, 251-261a, 263-274b, 279-282; III. Bughagenstraße 7, für Stadtbezirke 263-304; IV. Raumjungsstraße 63, für Stadtbezirke 15-19, 22-28, 78a-144, 167a-167b; V. Pantstraße 15, für Stadtbezirke 262, 276-278, 305-326 d; VI. Großbeerenstraße 10, für Stadtbezirke 20, 21, 29-75b; VII. Wärtcher Straße 45, für Stadtbezirke 180d, f, 190a, d, 191-194e, 219, 227-245b, 246a-250a. Besuchszeit ist in Fürsorgestelle I von 2-3, in Fürsorgestelle III von 1-2, in den übrigen Fürsorgestellen von 1 1/2-2 1/2.

Ein Soldat beim Baden ertrunken.

Gestern erkrankte in der Militär-Schwimmhalle in Plögensee der aus Offen stammende Soldat Schmidt vom 4. Garderegiment, I. Kompanie. Schmidt diente im letzten Jahre. Wie uns mitgeteilt wird, waren ausschließliche Schwimmmeister in der Badeanstalt anwesend. Es ist bezeichnend, daß unter solchen Umständen es möglich gewesen ist, daß der Soldat ertrinken konnte. Die Militärverwaltung wird eine strenge Untersuchung einleiten müssen, um festzustellen, ob in der Aufsicht Fehler gemacht worden sind.

Aus dem Fenster gesprungen.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich Montagabend das 20 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Meyer, das seit vier Wochen in der Eisenacher Str. 101 in Stellung war, das Leben genommen. Die Herrschaft war Montagmorgens ausgegangen. Das Mädchen erhielt den Auftrag, zu plätten. Bei der Rückkehr der Herrschaft um 11 1/2 Uhr abends lag die Wäsche noch unberührt da und das Mädchen war verschwunden. Gestern morgen um 8 Uhr fand man es tot auf dem Hofe liegen. Es war aus dem vierten Stock zum Fenster hinausgesprungen, ohne daß jemand es gehört hätte.

Beim Baden ertrunken. Gestern abend wollten mehrere junge Leute am Ufer der Föhler Brücke im Spandauer Schiffsfahrtskanal baden. Als erster hatte sich der 17 Jahre alte Laufbursche Wilhelm Platow, der bei seinen Eltern im Hause Tegeler Straße 15 wohnte, entleidet. Er sprang vom Südufer ins Wasser und ging sofort unter. Im Rettungsboot suchte man das Wasser ab, doch blieben bisher alle Bergungsversuche erfolglos.

Unfall. Auf dem Hofe der Holzbearbeitungsfabrik von A. Hoffmann hierseits, Wälderstr. 35, stürzte gestern der Rutscher dieser Firma, Karl Venz, wohnhaft zu Stralau, Marktgrasendamm, als er mit Abblenden von Brettern beschäftigt war, in den Kellerkammer, wo er mit einer schweren Kopsverletzung liegen blieb. Nachdem ihm im Kontor der Firma ein Rotband angelegt worden war, wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß der Rutscher von einem Brett abrutschte.

Auf der Straße gestorben ist in der vergangenen Nacht der 68 Jahre alte Schwächer August Nicks, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt. Ein Schuhmann fand ihn gestern früh regungslos und hoffnungslos vor dem Hause Wälderstr. 9 auf dem Bürgersteig liegen. Wiederbelebungsversuche, die er und ein Arzt anstellten, blieben erfolglos. Nach dem Gutachten des Arztes ist der Mann an Alkoholvergiftung gestorben.

Glänzende Leistung der Berliner Rotarispriize. Die bei der Berliner Feuerwehre neugeführte Rotarispriize (Benzinmotorwagen mit Rundlaufpumpe) hat sich wieder einmal glänzend bewährt. Sie arbeitete vom 31. Mai abends 9 Uhr 20 Minuten bis zum 2. Juni abends 8 Uhr 35 Minuten dauernd ohne Störung in der Schönhauser und Pappelallee, um aberschwammte Keller auszusumpfen. Im Laufe des letzten Jahres ist die Rotarispriize 29 Mal in Tätigkeit getreten. Besondere Anforderungen an die Rundlaufpumpe wurden in vier Fällen gestellt und zwar bei der Ueberbrückung in der Station der Charlottenburger Wasserwerke in Veeltighof bei Wannsee, bei dem Großfeuer auf dem holländischen Nieselgut Pellersdorf, bei dem umfangreichen Kellerbrand in der Neuen Friedrichstraße 48 und bei dem großen Garagenbrande in der Rostocker Straße 8.

Dachstuhlbrand in der Großen Frankfurter Straße.

Durch diesen Alarm wurde die Feuerwehre in der letzten Nacht nach der Großen Frankfurter Straße 49 am Durchgang zur Markuskirche gerufen. Als die Rüge 4, 5, 7 und 17 dort eintrafen, brannte der Dachstuhl des Vorderhauses in erheblichem Umfange. Es dauerte über eine Stunde, ehe „Feuer aus“ gemeldet werden konnte. Der Dachstuhl ist zu einem großen Teil vernichtet worden. Eine Brandwache blieb noch bis zum Morgen auf der Brandstelle zurück.

Außerdem hatte die Feuerwehre im Laufe der letzten Nacht noch mehrere größere Krehlohlenbrände abzuwehren, so u. a. auf dem Göttergüterbahnhof, auf dem Kohlenbahnhof Wedding in der Fernstraße 22/26, in der Adlerstr. 105, am Pianier 85 und auf dem Moabit Güterbahnhof. Am Steintiner Bahnhof geriet gestern vormittag ein Postautomobil in Brand. Da der Chauffeur die Flamme allein nicht erlöschte, so wurde die Feuerwehre zu Hilfe gerufen. Diese war schnell mit einem Vöschgang zur Stelle und löschte das Feuer mit einer Schlauchleitung ab. Das Vordergestell des Automobils ist stark beschädigt worden.

Zu dem Bericht vom Bundestag des „Freiheitsbundes“ erucht und Genosse Franz Breuß-Neußlin, mitzutellen, daß nicht Abermann gegen ihn — Breuß — Klage erhoben habe, sondern daß er genötigt gewesen sei gegen Abermann zu klagen.

Vorort-Nachrichten.

Vom Armenwesen Neußlins

Könnte man aus dem letzten vom Magistrat herausgegebenen Verwaltungsbericht, der die Etatsjahre 1910 und 1911 (1. April 1910 bis 31. März 1911, 1. April 1911 bis 31. März 1912) behandelt, auf den ersten Blick den Eindruck gewinnen, daß es in Neußlin wohl nicht viel Bedürftigkeit gibt?

Besonders die offene Armenpflege, die mit barem Gelde sowie mit Lebensmitteln, mit Arzthilfe usw. unterstützt, präsentiert sich so bescheiden, daß ein Optimist bei Neußlins Bevölkerung fast eine gewisse Wohlhabenheit vermuten möchte. Monatliche Unterstufungen in barem Gelde wurden gezahlt im Etatsjahr 1910 nur 11 040 Mal im Gesamtbetrage von 119 155 M., im Etatsjahr 1911 nur 11 814 Mal im Gesamtbetrage von 127 412 M., das macht pro Monat im Durchschnitt von 1910 nur 921 Fälle mit durchschnittlich 10,78 M., im Durchschnitt von 1911 nur 985 Fälle mit durchschnittlich gleichfalls 10,78 M. Bei einer Gesamtbevölkerung von einer Viertelmillion Einwohner noch keine 1000 regelmäßig Unterstufte, das ist ein Zustand, der bei einer Stadt, wie Neußlin es ist, auffallen muß. Auch durch die einmaligen Unterstufungen, die noch hinzukommen, wird nicht viel geändert: im ganzen Etatsjahr 1910 wurden in 1250 Fällen zusammen 12 929 Mark gezahlt, im ganzen Etatsjahr 1911 waren es 1458 Fälle mit zusammen 15 748 Mark. Für bare Unterstufungen überhaupt wurden demnach ausgegeben 132 084 Mark in 1910, 148 168 Mark in 1911. Nimmt man dazu die Aufwendungen für Hilfe durch Arzt und Hebamme, für Heilmittel, für Begräbnisse usw., so stellt die Gesamtausgabe der offenen Armenpflege sich in 1910 auf 153 539 Mark, in 1911 auf 177 493 Mark. Auch die Kosten der geschlossenen Armenpflege, d. h. der Unterbringungen in fremden Heil- und Pflegeanstalten (für Kranke, Irre usw.) und in den eigenen Armenanstalten (Armenhaus, Obdach), sowie die Kosten der Waisenspflege (in Anstalten oder in Familien) sind geringer, als man es bei einer Stadt von der Größe Neußlins erwarten sollte. Die gesamten Ausgaben für das Armenwesen betragen 608 883 M. in 1910 und 686 163 M. in 1911, gegenüber 818 899 M. in 1905. Eine Vergleichung dieser Ausgaben mit der Bevölkerungszahl der einzelnen Jahre ergibt, daß die Jahresausgabe pro Kopf gestiegen ist von 2,11 M. in 1905 auf 2,55 M. in 1910 und 2,67 M. in 1911. Werden die Einnahmen (aus Kostenerstattungen und Geschenken) abgezogen, so stellt sich die Ausgabe für 1905, 1910, 1911 auf 220 892 M., 406 791 M., 450 935 M., d. h. pro Kopf der Bevölkerung auf 1,46 M., 1,73 M., 1,84 M.

Ist es wirklich so wenig Bedürftige und Notleidende in Neußlin, daß die Armenlast bisher auf so mäßiger Höhe gehalten werden konnte? Ach nein, das lag wohl nicht daran, daß hier bisher das Bedürfnis nach Hilfe aus Gemeindemitteln gering gewesen wäre. Die oben mitgeteilten Zahlen lassen vermuten, wie weit die Hilfe der Gemeinde hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben ist. Neußlin gab in 1911 für die gesamte offene und geschlossene Armenpflege samt Waisenspflege pro Kopf der Bevölkerung nur 2,67 M. aus, während zum Beispiel Berlin in demselben Etatsjahr 1911 nur für regelmäßige Unterstufungen der Armenempfänger und Pflegekinder sowie für einmalige Unterstufungen zusammen 4,88 M. pro Kopf der Bevölkerung auswendete. Für den ganzen Komplex kommunaler Ausgaben, der oben als das gesamte Armenwesen Neußlins bezeichnet wurde, gab Berlin in 1911 über 20 Millionen Mark aus. Dagegen gab Neußlin hierfür knapp 7/8 Millionen Mark aus, noch nicht den 30. Teil der Ausgaben Berlins, während Berlin in 1911 nur etwa 8-fach so viel Bevölkerung wie Neußlin hatte. Von Berlin wird niemand behaupten können, daß es gegenüber seinen Armen und Notleidenden allzu freigebig sei. Wie aber steht gegenüber Berlin unser Neußlin da?

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Nachdem von der Galtigkeit der Wahl des Stadtverordneten Wolf Jitzelmann Kenntnis genommen wurde, wurde der Abhaltung der Wälderstraße zwischen der Innbruderstraße und dem Rudolf-Wilde-Platz zugestimmt. Die erforderlichen Kosten sollen von den Anliegern wieder eingezogen werden. In die Gebührenordnung für die beiden Friedhöfe soll folgende Bestimmung eingefügt werden: Soll eine bereits zur Erdbestattung verwendete Stelle zur Beisetzung von Aschenresten verwendet werden, so sind zu entrichten auf Erdbestattung, Gitter- und Gartenstellen 20 M., auf sonstigen Grabstellen 15 M., außerdem ist für die Beisetzung jeder Urne ein Betrag von 3 M. zu zahlen. Für die dauernde Pflege und Unterhaltung von Grabstellen durch die Friedhofsverwaltung sind Beträge von 600 M. bis 1500 M. zu leisten, während für Denkmalsunterhaltung ein besonderer Zuschlag zu entrichten ist.

Hierauf wurde der Bericht über die Dienstordnung für die städtischen Arbeiter gegeben. Der Referent betonte, daß der Ausschuss besonderen Wert darauf gelegt habe, erst den Arbeitern die veriprochene wöchentliche Lohnerhöhung von 1 M. zu gewähren; der Effekt wäre, daß fast der 10 000 M. alsdann 15 000 M. einzusparen seien. Ebenfalls seien einige Änderungen der Dienstordnung vorgenommen worden. Der Magistrat habe ferner festgestellt, daß Schöneberg und Charlottenburg die höchsten Löhne für die städtischen Arbeiter zahlen und das möchte auch anerkannt werden.

Genosse Roser erklärte, daß sich seine Freunde mit der Vorlage einverstanden erklärt hätten, um endlich einmal die Arbeiterfrage vorwärts zu bringen; dies um so mehr, nachdem alle Verbesserungsanträge in der Deputation sowohl als im Ausschuss abgelehnt worden seien. Die sozialdemokratischen Vertreter denken jedoch nicht daran, die von ihnen gewünschten Verbesserungen aufzugeben. Genosse Baumler meinte, es wolle nichts besorgen, daß hier die höchsten Löhne gezahlt würden, wenn man bedenke, daß der Lebensunterhalt in Schöneberg am teuersten sei. Zu behaupten sei es, daß die Heinenmacherfrauen gänzlich übergegangen worden sind. — Genosse Hoffmann stellte fest, daß die Arbeiterinnen auf dem Friedhof und im Stadtpark sowie die der Bedürfnisanstalten gleichfalls unberücksichtigt geblieben sind. Jedemfalls müsse dies bei der neuen Staatsaufstellung nachgeholt werden. — Linikus (Hausbesitzer-Kaktion) will von der Aufbesserung nichts wissen, seine Freunde stimmten für die Erhöhung überhaupt nicht.

Oberbürgermeister Dominicus meinte, jetzt werde die Vorlage schon mit viel freundlicheren Augen angesehen als in der vorigen Sitzung. Die neu hinzugekommenen Verbesserungen würden wahrscheinlich für den Magistrat kein Hindernisgrund sein, dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen. Die Frauen im städtischen Betriebe könnten nicht als ständige Arbeiterinnen angesehen werden, es treffe die Dienstordnung auf sie daher nicht zu. — Genosse Rüter stellte fest, daß gerade Herr Linikus den Antrag gestellt habe, eine Mark Lohnerhöhung zu gewähren, als die Liberalen den sozialdemokratischen Antrag, pro Log 80 Pf. mehr zu gewähren, strikte abgelehnt hätten. Jetzt verleugne Herr Linikus seinen eigenen

Antrag. Die Arbeiter könnten sich diese Arbeiterfreundlichkeit merken. Hierauf wurde für die städtischen Arbeiter eine Erhöhung der Wochenlöhne um 1 M. vorgeschlagen, die hierzu erforderliche Summe wurde auf 15 500 M. festgelegt. In der Dienstordnung sollte der Passus gestrichen werden, wonach Personen von mehr als 20 Jahren in der Regel nicht angenommen werden; außerdem daß der Dienstplan der betreffenden Deputation zur Kenntnisnahme vorzulegen sei. Ebenfalls soll statt der Worte „nur für eheliche Kinder“ gesetzt werden: für alle im Haushalte erzeugten eigenen Kinder. Abgelehnt wurde, daß der Dienstplan auch dem Arbeiterausschuss vorerst vorzulegen sei. Dagegen wurde beschlossen, den Desinfektoren pro Beschäftigungstag zu den Säben der Lohnklasse I eine Zulage von 1 M. zu gewähren. Auch die Druder und Seyer sind in die Dienstordnung mit einbezogen unter Zugrundelegung ihres Tarifvertrages.

Nunmehr wurde die Magistratsvorlage mit den Zuschussanträgen gegen die Stimmen der Hausbesitzergruppe angenommen.

Die Ausschüsse Strafe zwischen Barbarossa- und Schwabische Straße, in der das Pestalozzi-Frödel-Haus gelegen ist, soll einem Beschluß des Magistrats zufolge zur Erinnerung an den langjährigen Vorsitzenden des Vorstandes des Pestalozzi-Frödel-Hauses in „Karl-Schroder-Straße“ umgenannt werden.

Treptow-Daamschulweg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins vom 20. Mai wurde der Vorstand aus folgenden Genossen gebildet: Lemm als erster, Pappo zweiter Vorsitzender; Weich, Kassierer; als Beisitzerin Genossin Gerisch. In der Fortsetzung der Generalversammlung am 20. Mai wurden Bibliothek-, Kinder- und Lesekommissionen gewählt. Da die Neußliner Parteigenossen diesseits des Kanals durch die Treptower Expedition die Zeitung beziehen, wurde ihrem Wunsche, in der Zeitungsbesprechungskommission vertreten zu sein, stattgegeben, so daß dieselbe durch vier Genossen Treptow-Daamschulwegs und einen Genossen Neußlins gebildet wird. An unserem Orte bestand bisher noch kein Bildungsausschuss; die Versammlung wählte hierzu die Genossen Strieder, Wiesel, Joseph, Ruch und Goril. Bei der Beratung der Anträge nahm ein solcher des Genossen Kähler reges Interesse in Anspruch. Derselbe wünscht, daß der sich nach Abzug aller Ausgaben ergebende Restbestand nicht wieder auf neue mitgedruckt werde, sondern ganz dem Orte zu Bildungs- und sonstigen Zwecken verbleiben soll. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kähler, Pappo, Karom, Strieder, Freigang, Ehm und Mundt. Beschlossen wurde, den Bestand an den Kreis zu überweisen. Ein Antrag wünscht die Erhaltung der Treptow-Sternwarte durch die Organisationen Groß-Berlins. Genosse Pommer bedauerte, daß ein Institut von so großem Bildungswerte ein so kümmerliches Dasein friste. Die Arbeiterklasse hätte ein Interesse, dasselbe zu stützen; in diesem Sinne äußert sich auch Genosse Paul Scholz, während die Genossen Strieder, Wiesel und Weich der Ansicht waren, daß doch unmöglich die Sozialdemokratie alles erhalten könne, was Staat und Kommune vernachlässigen. Vom Junfermann könne man nichts anderes erwarten, aber für die freisinnige Berliner Stadtverwaltung sei es eine Schande, wenn die Sternwarte ihre Pforten wegen finanzieller Bedrängnis schließen müßte. Während die organisierte Arbeiterklasse durch namhafte finanzielle Unterstützung dieses Instituts zu fördern gesucht, habe die Stadt Berlin das Geld für Fürstenermpfänge vergeudet; ein geringer Teil von diesen Ausgaben hätte genügt, um die Sternwarte zu erhalten. Der Antrag wurde abgelehnt. Nach Erledigung der üblichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Stralau.

Babelarten für Erwachsene werden jetzt im Gemeindebureau in den Amtsstunden von 8-8 Uhr zum Preise von 10 Pf. verabfolgt.

Bossen.

Dem Tode des Ertrinkens nahe war vor einigen Tagen in des städtischen Badeanstalt der 15jährige Arbeitsbursche S. Der junge Mensch hatte sich, obwohl des Schwimmens unkundig, zu weit vorgewagt, plötzlich verstand er vor den Augen seiner Gefährten, zum Glück gelang es einem jungen Mann, den in Lebensgefahr Schwabenden zu retten. S. wurde in bewußtlosen Zustande auf die nasse Vorbank gelegt. Leider war der Aufsichtsbeamte nicht in der Lage, an dem Bewußtlosen Wiederbelebungsversuche vorzunehmen. Auf eine Frage vorbeikommender Passanten, ob er dies nicht könne, soll derselbe nach uns gewordenen Mitteilungen erklärt haben, daß er nicht wisse, wie er das machen sollte. Einem Sachkundigen gelang es endlich durch Wiederbelebungsversuche den Verunglückten ins Bewußtsein zurückzurufen. In einer städtischen Badeanstalt sollte eigentlich ein Mann zur Stelle sein, der mit den erforderlichen Maßnahmen zur Rettung erkrankter Personen vertraut ist. Als ein Mißstand wird es auch empfunden, daß in dieser Badeanstalt Hunde zum Baden mitgebracht werden dürfen.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Ertrunken ist gestern nachmittag im Stenijsee ein 16jähriger Wälderlehrling der Wäldererei der E. D. Wegnerschen Portland-Zementfabrik. Der junge Mann nahm im Stenij ein Bad, geriet dabei in eine tiefe Stelle und ging, da er des Schwimmens unkundig war, unter.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Treptow. Freitag, den 6. Juni, abends 6 Uhr, im Rathaus.
Wittenau-Großgörlitz. Donnerstag, den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

St. Sauerbed-Nicktenau. Donnerstag, den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Wäldergerischen Kurhauses. U. a. Staatsberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratskommission findet Ende d. M. 60, vorn vier Kruppen — F. d. R. 11 — wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder der Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Dankbuch und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen, trage man in der Beiratskommission vor.

E. 13. Darüber ist noch nichts Sicheres bekannt. Wenn dies der Fall ist, werden wir es berichten. — R. R. 11. Für solche Fälle gibt es keine allgemeinen gültige Vorschriften. Jeder Berlin soll dafür selbst die Bedingungen fest. — R. R. 133. Da müssen Sie sich schon selbst an ein Adressenbureau wenden. Diese finden Sie im Wegbuch 2. Band, Teil IV, Seite 3. — Steglitz 90. Erwarte Landels- und kaufmännische Lehrinstitute, siehe Adressbuch 2. Band, Teil IV, Seite 262. Alles Weitere dort. — R. R. 46. 2. Pommersches Infanterieregiment Nr. 15. Garulion: Thron und Grandens. — R. R. 76. „Justice“, „Labour Leader“. — G. 22. 13. April 1902. — G. 30. Sprechen Sie zunächst mit dem Lehrer oder Rektor, der eventuellen Schullonmission. — R. R. 99. Gede Rapoleon kostet 20 Mark in der Buchhandlung Vorwärts. — R. R. 1. Arbeiter-Schulverein, E. Müller, Eisenbahnstr. 38. — Neußlin 500. Ja. — G. E. 1. 1. Ja. 2. Falls bei Pälligkeit nicht Zahlung erfolgt, können Sie Klage erheben. 3. u. 4. 31. 12. 1915. 5. Ja. 6. Die Zwangsabfertigung aus dem Urteil ist vor Rechtskraft nur dann zulässig, wenn Sie die Urteilssumme oder einen anderen im Urteil festgelegten Betrag hinterlegen. — R. R. 5. Ja. — C. M. 1884. 1. Nein. 2. Nur dann, wenn Sie aus irgendeinem Grunde überhaupt nicht, etwa wegen Nichtzugehörigkeit zur Reichsgemeinschaft oder wegen eines Eintragens, welches der Besetzung nicht unterliegt, veranlagt sind. Dagegen ist es nur um Ermöglichung, ist eine besondere Reklamation nicht erforderlich. 3. Erinnern Sie bei dem Vorhaben der Veranlagungskommission. — R. R. 76. Ja. — G. P. 24. Zur Erteilung einer derartigen Auskunft ist die Polizeibehörde nicht befugt. Abweisung ist daher zu Recht gegeben. — R. R. 5. Nicht ein in die Steuerbehörde ein Beschuldigung. — R. R. 128. Die Ausbildung kann in der Charité erfolgen. Kosten betragen 300 M., Lehrdauer etwa 6 Monate. Antrag ist an das Polizeipräsidium oder an den Kreisarzt zu richten. — R. R. 100. 1. Die Klage muß vor Ablauf von 3 Monaten vom Tage der Kenntnis der Beleidigung ab gerechnet, beim Gericht erhoben werden. Der Klage veranlassen muß ein Verfahren vor dem Schiedsmann, falls beide Parteien in neben dem Gemeinde wohnen. 2. Privatklage. — R. R. 54. Sie sind noch zahlungspflichtig. — R. R. 110. Einen solchen Anspruch haben Sie nur dann, wenn intimer Verkehr stattgefunden hat. Der Anspruch ist

Binnen Jahresfrist, von der Lösung ab gerechnet, geltend zu machen. — D. R. 16. 1. Der Standpunkt der Gerichte ist verschieden. Verlangen Sie es mit einer Klage beim Gemeindericht. 2. Erst nach Austritt aus der Stellung. — G. R. 87. 1. Mindestens 200 Beitragswochen. Das Weiterleben ist zweifelhafte. 2. Ja, sofern sie eine verpflichtende Bescheinigung hat. — R. 100. Nur mit Ihrer Zustimmung. — P. R. 70. Reiz, da in der Regel im Niederschlag ein Aufrechnungsverbot enthalten ist. — S. 18. Sie bleiben weiterhin zahlungspflichtig. — H. D. 50. Der Verlust des Pfandes darf nicht früher als vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehens stattfinden. — H. 105. Die Zeit beträgt zwölf Monate. In den Vertriebsstaaten gehören: Australien (Staatenbund), Belgien, Brasilien, Ceylon, Curacao, Dänemark, Deutschland, Dominikanische Republik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kuba, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Niederländisch-Indien, Norwegen, Portugal, Dänemark, Schweden, Schweiz, Serbien, Spanien, Surinam, Trinidad, Tobago, Tunis, Vereinigte Staaten von Nordamerika und Oesterreich-Ungarn. — R. 2. 71. Ihre Frage ist bereits im „Vorwärts“ vom 24. Juni beantwortet und zwar wie folgt: Ihre Darstellung reicht zum Nachweis des Betruges nicht aus. — H. 3. 1999. Ja.

Briefkasten der Expedition.
Willi R. Sie können den „Vorwärts“ dadurch billiger beziehen, daß Sie die Zeitung im Wochenabonnement aus einer unserer Expeditionen abholen. Diefelben befinden sich in Karlsruhe Redakteur 2 und Siegfriedstraße 28/29. — R. W. 50. Wir können Ihnen keine Auskunft geben. Wenden Sie sich direkt an die Posterei.

Eingegangene Druckschriften.
Frauenfrage und Menschenökonomie. Von R. Goldscheid. 50 Pf. R. Ludwig, Friedmann.
Der Tod in Venedig. Novelle von Th. Mann. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Aus Indien. Aufzeichnungen von einer indischen Reise von G. Hoffe. 3 Bde., geb. 4 M. — S. Fischer, Berlin.
Tragödien der Zeit. Roman von R. Hoh. (Engelhorn's Roman-Bibliothek.) 1 M., geb. 1,50 M. — Verlag Engelhorn, Stuttgart.

Theater.

Rittwoch, 4. Juni 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Oper. Das Hummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Königl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.
Kammerspiele. Kaiserliche Hoheit.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Korbweberin.
Neues Opern (Kroll). Der Kreuzknecht.
Sefling. Al-Bien.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Das Buch einer Frau.
Schiller O. Die Geschwister. Eiga.
Schiller-Charlottenb. Hofemanns Töchter.
Theater des Westend. Geschlossen.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Jar und Zimmermann.
Komödienhaus. Hochherrschäftliche Wohnungen.
Metropol. Die Kimo-Königin.
Thalia. Puppen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Das Hamelmädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kaladn.
Luisen. Die Altwörden.
Kaiser. Krone und Fessel. Im Garten: Die Altwörden.
Gottes Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampfische.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. König Krone.
Theater am Kollendorferplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Fischballer: Fisch in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenth. 57—62.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Hierauf: Eiga.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Moral.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moral.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Freiwild.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der Dieb.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringers Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Änderungen sofort.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Das Buch einer Frau.
Kroll-Oper
Zur Feier des 25jährigen Bühnen-
jubiläums des Kammerjägers
Werner Albert.
8 Uhr:
Der Troubadour
Donnerst.: Die Meistersing. v. Nürnberg.
Theater am Kollendorferplatz
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Der Mann mit der
grünen Maske.

ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Krone und Fessel.
Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
Große Hofe. Anfang 4 1/2 Uhr.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kimo-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Olfenbühl.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Brauerei Königstadt.
Heute Mittwoch, 4. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blüthner-Orchesters**
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Solist: Gottfried Zeilander (Cello).
Aus d. Progr.: Saint-Saëns: Cello-
konzert (A-moll) mit Orch., Liszt:
„Les Préludes“, Werke R. Wagners.
Karl. à 30 Pf. bei A. Wertheim,
Leipziger Straße; P. Horsch,
Engelauer 15; allen Verkaufsstellen
d. Neuen freien Volks-
bühne; den Konsumgeschäften d.
Konsumgenossenschaft Berlin u.
Umgebung; Verb. für Theaterver-
günstigt, Linkstr. 42; Orchester-
bureau, Lützowstr. 76a. Abendkasse

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Heute Mittwoch, 4. Juni:
Großes Kinderfest
verbunden mit großer Gratis-
verlosung. 1. Hauptgewinn für
Knaben und Mädchen je eine
silberne Uhr.
Außerdem Bonbonregan,
Fackelzug usw.
Anf. 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen Donnerstag, 5. Juni:
Elite-Tag
verbunden mit großem
Brillant-Feuerwerk.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8. Bolleremannstr. 20/25.
Täglich: Konzert, Theater- u. Spe-
zialitäten-Vorstellung.
Mittwoch, den 4. Juni:
3. Sonder: Am Altar.
Vorstellung in 5 Akten v. Karl Bergel.
Admiralspalast — Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
das gr. erfolgreiche Fischballer
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Ziehung bereits 18. Juni 1913.
Lose Westfälische Automobil- u. Pferde-Lotterie
4865 Gewinne in Werte von Mk.
50 Pfg. **50000**
1. Hauptgewinn: 1 Automobil = Mk.
10000
2. Hauptgewinn: 1 Zweifelspinner = Mk.
5000
Lose ab 500.
schied. Tax. 5 M.
Porto und Liste
30 Pfg. extra
empfehlen u. verwendet
General-Debit
Gust. Pfordte
Essen-Buhr
und alle durch Plakate kenn. Verkaufsstellen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ami Robin 1141.
Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann.
8 Uhr: Der lachende Ehemann.
Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern
Liliput
die kleinste Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
die schwebende
Aga, Jungfrau!
Alles ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater.
Badstraße 38.
Jeden Mittwoch:
Elite-Tag.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Stucke's
Pfingstfahrt“
Berliner
Burleske
von Meyssel.
Anfang 8 Uhr.

Universal-Bibliothek. 5551. **Renataurenliebe.** Die Toteninsel.
Novellen von R. Hoh. — 5552. **Im Klubsessel.** Lustspiel von R. Höpfer
und L. Heller. — 5553. **Der bürnene Siegfried.** Von R. Bannier. —
5554. **Süße Mädel.** Dumoresellen von D. v. Fabrichius. — 5555—60.
Die Freiheitskriege 1813—15. Von L. Häuffer. Einzelnummer 20 Pf.
— B. Reclam, Leipzig.
Dunkle Gänge. Geschichten von R. R. Frey. 218 S. — **Höllhorn**
sommerlicher Nächte. Von Peter Ham. 95 S. — **Gezanne und**
Godler. Einführung in die Probleme der Malerei der Gegenwart. Von
R. Burger. 225 S. — **Abbildungsbild.** 170 S. — **Das neue Bild.**
Verständigung der neuen Künstlervereinigung München. Text von
D. Hücher. — **Jung Schül.** Von R. Böring. 241 S. — **Goethes Ver-**
mächtnis. Von Eise Frucht. 250 S. — Delpin-Verlag, München.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	2. 6.	1. 6.		2. 6.	1. 6.
Remel, Lüft	200	-11	Saale, Großsch	104	0
Bregel, Jüterburg	-6	+2	Saale, Spanbau	95	+1
Weißel, Horn	176	-14	Rothenow	8	-2
Oder, Raibor	130	+2	Sprez, Spremberg	68	-8
Krossen	117	-9	Seeotow	82	0
Frankfurt	125	-6	Weser, Minden	153	-3
Barthe, Schrimm	-	-	Rhein, Magdalenbrunn	232	+6
Rehe, Sorbamm	38	-2	Rhein, Rind	454	+7
Elbe, Lützow	-11	-1	Raub	218	-3
Dresden	-167	+2	Rödn	200	-3
Borsb	73	-5	Redar, Heilbronn	95	+21
Magdeburg	76	-2	Rain, Danau	144	+6
			Wosel, Zrier	48	0

Wetterprognose für Mittwoch, den 4. Juni 1913.
Warm und vorwiegend heiter bei mäßigen südlichen Winden; später
wieder zunehmende Bewölkung und etwas Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau.

VeraGold
Josefelli
QUALITÄTS 3-CIGARETTE
KON LYNON

Drei Tropfen
Kaoli
geben schmutzigstem Metall
Dauerglanz.
Unentbehrlich für Autos.
Man verlange überall „Kaoli“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubazynski & Co., Aktiengesellschaft,
Berlin-Lichtenberg.

Voigts Krampenburg
und Sie werden finden, daß es der schönste und passendste
Ausflugsort ist.
B. Voigt, Post Schmückwitz, Fernsprecher: Köpenick 227.

Marktpreise von Berlin am 2. Juni 1913, nach Ermittlungen
des Königl. Vollaßpräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,45
bis 20,50, mittel 20,38—20,42, geringe 20,30—20,34. Roggen, gute Sorte
00,00—16,60, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futter-
gerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,60—11,60, geringe 15,10—15,50.
Dinkel, gute Sorte 17,50—19,50, mittel 16,50—17,50 (frei Wagen und ab
Bahn). Weizen (mitgeb.), gute Sorte 15,20—15,50. Weizen (runder), gute
Sorte 00,00—00,00. Weizenstroh 0,00—0,00. Gerste 0,00—0,00.
Marktpreise für Getreide. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen
30,00—50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—60,00. Linen 35,00—60,00.
Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule
1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00.
Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück
Eier 3,00—4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Hais 1,60—3,20. Gander
1,40—3,60. Dachte 1,40—2,80. Darsche 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,50.
Etele 0,80—1,50. 60 Stück Krobje 3,00—60,00.

Witterungsbericht vom 3. Juni 1913.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in G. 6 u. 12 u. 6 u. 9 u.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in G. 6 u. 12 u. 6 u. 9 u.
Swinemünde	764	W	8	heiter	18	Caparanda	758	SW	6	heiter	14
Danburg	766	SW	3	1. Nebel	14	Petersburg	762	SW	3	1. bedeckt	13
Berlin	764	SW	3	halb bb.	22	Seilh	762	SW	3	halb bb.	12
Frankf. a. M.	764	SW	3	halb bb.	22	Überbeem	757	SW	3	wolkenl.	12
München	762	SW	3	heiter	18	Paris	765	SW	3	wolkenl.	16
Wien	764	SW	3	wolkenl.	21						

